

***Prüfungsbericht: externe Untersuchung der
Antisemitismusrwürfe gegen einzelne Mitarbeitende der
arabischen Redaktion der Deutschen Welle sowie gegenüber
einzelnen Partnern***

Verfasst von:
Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Ahmad Mansour
Beatrice Mansour

Stand: 06.02.2022

Inhaltsverzeichnis

<u>PRÜFUNGSGEGENSTAND</u>	4
<u>VORGEHEN</u>	5
<u>FÜNF MITARBEITENDE IM FOKUS</u>	5
<u>STRUKTURELLER ANTISEMITISMUS ODER EINZELFÄLLE?</u>	9
<u>ANTISEMITISMUS IN DER DW BERICHTERSTATTUNG?</u>	10
RECHERCHE	10
„PROTESTE“ AN DER GRENZE ZWISCHEN DEM GAZASTREIFEN UND ISRAEL“	11
„KRIEG NACH DER STAATSGRÜNDUNG“	13
NAKBA & KONFLIKTGRÜNDE	14
SENDUNG VOM 24.11.2021	15
EINZELBEISPIELE ZUR PROGRAMMGESTALTUNG	15
HÄUFIGER STUDIOGAST ABDEL BARI ATWAN	15
#RETTETSHEIKHJARRAH	17
YOSRI FOUDA.....	17
SCHALTPARTNER.....	18
<u>EINDRÜCKE ZUR ARABISCHEN REDAKTION INSGESAMT</u>	19
KLIMA	20
STRUKTUREN	21
REDAKTIONELLE RICHTLINIE ZUM ANTISEMITISMUS	22
<u>REKRUTIERUNG</u>	23
EINSTIEGSMÖGLICHKEITEN IN DIE DW	23
PRÜFUNG UND ASSESSMENT	25
ONBOARDING	25
EMPFEHLUNG	25
AUSSCHREIBUNGEN UND AUSWAHLKRITERIEN	25
ONBOARDING PROZESS	26
SCHULUNGEN	27
<u>PARTNER</u>	27
KEIN WACHSTUM MIT ANTISEMITISMUS	28
EINGEFRORENE PARTNERSCHAFTEN	30
ROYA TV.....	30
AL JADEED	32
MAANNEWS PALESTINE	33
WEITERE PARTNER	33
PALESTINIAN BROADCASTING CORPORATION - PBC	33
Prüfbericht DW	2
Stand: 06.02.2022	

<u>SCHLUSSFOLGERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN</u>	<u>34</u>
ANTISEMITISMUS-DEFINITION-VORSCHLAG:.....	38
<u>ANNEX: DEUTSCHE WELLE AKADEMIE.....</u>	<u>43</u>
PALESTINIAN YOUTH ASSOCIATION FOR LEADERSHIP AND RIGHTS ACTIVATION – PYALARA .	.44
RADIO NISAA FM	47
THE ARAB CENTER FOR THE ADVANCEMENT OF SOCIAL MEDIA - 7AMLEH	48
WOMEN AND MEDIA DEVELOPMENT – TAM	51
CAMPJI	51
GESAMTBEWERTUNG	56

Prüfauftrag

In dem Artikel der Süddeutschen Zeitung vom 30.11.2021: „Ein Sender schaut weg“ sowie in nachfolgenden Berichten in Medien wurden Vorwürfe erhoben, Mitarbeitende der Arabischen Redaktion sowie freie Mitarbeitende der Deutschen Welle im Ausland hätten antisemitische Äußerungen in Social Media und anderen Medien getätigt.

Das Online Magazin VICE weitete am 03.12.2021 mit dem Artikel „VICE-Recherche: Wie die Deutsche Welle Israel-Hass in Jordanien fördert“ die Antisemitismus-Vorwürfe zunächst auf den DW-Kooperationspartner Roya TV aus, am 07.12.2021 mit dem Artikel „VICE-Recherche: Auch im Libanon unterstützt die Deutsche Welle Israelhass“ auch auf den DW-Kooperationspartner Al Jadeed TV. Bild.de erhob am 12.12.2021 Vorwürfe gegen den Partner Maan News aus dem Westjordanland mit dem Artikel „`Deutsche Welle` verteidigt antisemitischen Sender.“.

Auf Bitte des Intendanten der Deutschen Welle (DW) übernahm MIND prevention, vertreten von Beatrice und Ahmad Mansour, den Auftrag, eine unabhängige Untersuchung dieser Vorfälle durchzuführen. Frau Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärte sich auf Bitte des Intendanten bereit, MIND prevention bei der Untersuchung zu unterstützen.

Prüfungsgegenstand

1. Verifizierung von Social Media-Postings, die von freien und festen Mitarbeitenden der arabischen Redaktion der Deutschen Welle unter dem Vorwurf des Antisemitismus in dem Artikel „Ein Sender schaut weg“ am 30.11.2021 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlicht wurden, deren Einordnung in den sozio-kulturellen Kontext sowie die Bewertung vor dem Hintergrund der erweiterten IHRA-Antisemitismus-Definition.
2. Überprüfung des Rekrutierungsverfahrens, Benennung von Fehlern und Empfehlungen für Verbesserungen und präventive Maßnahmen
3. Durchleuchtung und Bewertung der Vertriebs- und Partnerstrategie ebenso wie Ko-Produktionen der DW in der MENA-Region und daraus resultierende Empfehlungen.

Vorgehen

Sofort nach Übernahme des Untersuchungsauftrags am 14.12.2021 wurde mit der intensiven Internetrecherche nach den die Untersuchung auslösenden Postings, Informationen zu den Distributoren und Partnern der DW begonnen. Es wurde trotz umfangreicher Löschungen von Social Media Einträgen noch einiges Material gefunden, teilweise wurde dies der Untersuchungskommission anonym zur Verfügung gestellt. Alles Material wurde ins Deutsche übersetzt, analysiert und bewertet. Bei der Recherche wurden ausschließlich öffentlich zugängliche Profile analysiert.

Allen fünf in der SZ namentlich genannten Personen wurden per Mail Gesprächsangebote gemacht. Per Mail wurde an die gesamte arabische Redaktion zusätzlich eine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit der Untersuchungskommission und ein Angebot zum Gespräch gesendet, welches einen enormen Rücklauf hatte. Im Zeitraum vom 17. Dezember bis zum 25. Januar wurden insgesamt 29 Einzelgespräche per Videoschleife mit 32 der DW zugehörigen Personen von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Ahmad Mansour und Beatrice Mansour geführt. Darüber hinaus wurden auch Gespräche mit Externen geführt, die zu den Untersuchungsgegenständen relevante Perspektiven liefern konnten. Die Gesprächsdauer belief sich jeweils zwischen 30 Minuten und zwei Stunden.

Allen Gesprächspartnern wurde Vertraulichkeit über die Gesprächsinhalte zugesichert, weshalb aus ihnen in diesem Bericht nicht namentlich zitiert werden wird. Die handschriftlich angefertigten Gesprächsnotizen dienen ausschließlich der eigenen Erinnerung als Basis für den Abschlussbericht.

Darüber hinaus wurden den Untersuchenden von der DW zahlreiche für den Prüfungsgegenstand relevante Unterlagen wie beispielsweise entsprechende Guidelines der Redaktionen, das DW-Handbuch und Vertriebsvorgaben zur Verfügung gestellt.

Fünf Mitarbeitende im Fokus

Die Untersuchung erfolgt auf der Basis der für die DW vor allem im Deutsche-Welle-Gesetz verankerten Ziele, zu denen unter anderem gehört, den deutschen und europäischen Sichtweisen zu wesentlichen Themen der Politik ein Forum zu geben. Die Situation im Nahen und Mittleren Osten, das Existenzrecht Israels, die klare Haltung gegen jede Form von

Antisemitismus und Rassismus sind unverzichtbare Kernbestandteile deutscher Innen- und Außenpolitik. Die Untersuchung orientiert sich bei der Bewertung von Aussagen an diesen Positionen und bezieht die Beschlüsse des Deutschen Bundestages dazu ein.

Dieser Maßstab wird an die Bewertung der in der Süddeutschen Zeitung vom 30.11.2021: „Ein Sender schaut weg“ und in nachfolgenden Zeitungsartikeln zitierten Aussagen von namentlich genannten Mitarbeitenden der DW angelegt, in denen sie mit dem Vorwurf konkreter antisemitischer Äußerungen konfrontiert werden, die sie in Social Media getätigt haben sollen.

Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes der Mitarbeitenden werden in dieser auch der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Darstellung keine Namen genannt. Der Intendant erhält die personenbezogenen Inhalte.

Im Folgenden werden deshalb einige Äußerungen exemplarisch dargestellt, die politische Haltungen und Aussagen zu Israel, zum Nahen Osten, zum Verhältnis der Israelis und Palästinenser der namentlich genannten Mitarbeitenden wiedergeben.

“Die Nazis töteten vielleicht mehr Araber und Afrikaner als Juden. Allerdings sind die Juden die einzigen, die die Ausnutzung (Anm. d. Übers.: Im Sinne von Instrumentalisierung), dieses Verbrechens gemeistert haben. Nun wiederholen die Araber die gleiche Sache und die Juden profitieren.”

Als Antwort auf einen Tweet des Twitter-Users xxx, schreibt xx....am 12.02.2012: *“Sie spielen die Opferrolle seit dem Holocaust und wir zahlen den Preis. Sollen wir denn tatenlos bleiben? Lasst uns die Stimme erheben, um zu zeigen, dass in den Arabern noch ein lebender Puls ist. #Palästina”*

Oumeima El Khalil (eine sehr bekannte, libanesische Sängerin) verfasste am 22.07.2014 folgenden Tweet auf Englisch: *“Es gibt nichts, das Israel heißt, sondern IsraHÖLLE...”* Der Mitarbeiter hat auf den Tweet mit einem Like (Abb. 17) reagiert, ihn retweetet und mit den Worten kommentiert: *„All my respect my friend”* Der Retweet und das Like sind online nicht mehr sichtbar, allerdings ist es der Kommentar auf den Post.

“Wie kommt es, dass die Juden bis heute Tränen über die Holocaustopfer vergießen, während die Zionisten die Verbrennung der Palästinenser fordern?!!!”

“Die Zionisten sind bereit, die Welt zu zerstören auf der Suche nach einem angeblichen historischen Tempel, während einige Araber ihr zivilisatorisches und historisches Erbe zerstören.”

„Der Unterschied ist, dass die Palästinenser Rechte haben, aber sie wissen nicht, wie sie internationale Sympathie mit diesem Recht hervorrufen können. Hingegen sind die meisten Geschichten der Juden anzweifelbar, aber es gelingt ihnen, Wirkung zu erzielen”

Im Mai 2021 veröffentlicht xxx ein Bild, das eine stilisierte Landkarte von Israel und den palästinensischen Gebieten zeigt. Dazu schreibt xxx: *“Das ganze Bild, die ganze Karte. Palästina wird zu seinen Besitzern zurückkehren. Das Wichtigste ist, es darf nicht an die Korrupten übergeben werden. Lernt vom Libanon.”*

الصورة كلها الخريطة كلها. #فلسطين ستعود لأهلها. المهم ما يسلموها للفاسدين. تعلموا من #لبنان.



„Wenn die israelische Flagge über österreichische Regierungsgebäude gehisst wird, ist es normal. Aber wenn einer sich mit den Palästinensern solidarisiert, wird er fertig gemacht, als ob wir kein Existenzrecht hätten. Europa hat ein hässliches Verbrechen an den Juden begangen, und wir Palästinenser zahlen jetzt den Preis dieses Verbrechens. Wir zahlen den Preis für die Verbrechen Europas.“

„Zum dritten Mal in der Geschichte... ist Deutschland auf der falschen Seite der Geschichte.“
Darauf kommentiert der Facebook-User *„Das ist so, weil die Deutschen den inneren Glauben haben, dass zwei Fehler etwas Gutes ergeben. 1. Weltkrieg – sie töteten unseren Erzherzog, lasst uns einen Krieg beginnen. 2. Weltkrieg – wir leiden unter den Auswirkungen des ersten*

Weltkrieges, lasst uns die Juden töten. Heute – wir töteten die Juden, lass uns sie nun blind unterstützen, weil sie andere Völker töten.“

(Anm. Mit Daumen von Mitarbeiter unterstützt.)

„Deutschland vor dem ersten Weltkrieg: Es beging in Afrika den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Deutschland im ersten Weltkrieg: Startete zum ersten Mal einen Weltkrieg. Deutschland im zweiten Weltkrieg: Startete den Holocaust. Und startete buchstäblich ‘den Antisemitismus.’ Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg: Fing mit den Palästinensern an. Leute, jemand muss es ihnen sagen. Man muss ihnen erklären, dass sie eindeutige Probleme haben, die gelöst werden müssen.“

Den Post kommentiert ein User *“Eine dreckige Nation, die ihre Schande mit dem Blut anderer Nationen wäscht. Und dann kommen sie und quatschen uns voll mit dem Gerede über Freiheiten.“* Diesen Kommentar versieht der Mitarbeiter mit einem „Daumen hoch“.

„Und hier, bei diesem Thema, zeigen uns die Fernsehsender in den letzten zwei Tagen etwas: Auf der einen Seite haben wir Herrn Hassan [Anm. d. Übers.: Nasrallah] gesehen – unabhängig davon, ob wir mit ihm in allem einverstanden sind oder nicht –, wie er an der Spitze der Bildschirme steht und die Quneitra Operation¹ segnet – übrigens: ich persönlich küsse die Füße derer, die diese Operation durchgeführt haben; ich verbeuge mich vor ihnen mit voller Verehrung und Respekt. Auf der anderen Seite war der Andere [Anm. d. Übers.: Al-Baghdadi] in Videos zu sehen, die Panik auslösen, wie er einem japanischen Journalisten droht, der weder eine Waffe trug noch ein Kämpfer war.“

„Ich glaube nicht, dass der Kompass seine Richtung wieder finden wird, nach allem, was passiert ist, aber trotzdem: wenn der Kompass nach Jerusalem zeigt, und die Usurpatoren [Anm. d. Übers.: oder: die Räuber, die Vergewaltiger] abschlachtet, dann werde ich nicht zögern, eine Anhängerin dieses Kompasses zu sein.“

„Die Israelis mischen seit jeher Gift in die Geschichte, um zu zeigen, dass sie Wirklichkeit und, dass alle anderen nur ein Trugbild sind, und, dass ihr Staat [Anm. d. Übers.: Israel] der Ursprung ist, und dass Palästina eine reine Fantasie ist.“

Konkret schreibt der Mitarbeiter in einem Kommentar, welcher aus dem Jahr 2018 stammen muss, Juden würden „die Gehirne der Menschen durch Kunst, Medien und Musik“ kontrollieren. Nur im Sport seien Juden nicht gut, da komme es auf „echte Leistung“ an.

“Ein Jude hat gestanden: Um Deutschland aufzubauen, verbot Hitler die Bars und die Kultur der Prostitution und der Homosexualität, die von den Juden dominiert war. Er verbot es den Banken, Zinsen zu nehmen, was auch die Arbeit der Juden war. Hitler wollte Deutschland nicht zerstören, wie die Juden mit Russland getan haben. Die bolschewistische Revolution war jüdisch“

Ergebnis unserer Untersuchung

Die in der Süddeutschen Zeitung zitierten Aussagen sind nach unserer Prüfung zutreffend. Auch wenn die SZ der DW die Screenshots der Posts und Tweets nicht zur Verfügung gestellt hat, konnten durch intensive Recherchen, anonyme Zusendungen und unter Nutzung der Kommentarspalten die Aussagen rekonstruiert werden. Zusätzlich wurden die öffentlich zugänglichen Accounts durchsucht und teilweise über längere Zeiträume getätigte Aussagen, Likes anderer Artikel, positive Zeichen der Unterstützung anderer Aussagen gefunden. Eine Bewertung erfolgt nicht auf Grund einer einzigen Aussage, sondern auf Grund einer Gesamtbetrachtung, teilweise über einen längeren Zeitraum. Teilweise untermauern die schriftlich abgegebenen Stellungnahmen die Haltung des/r Mitarbeiters/ zusätzlich. Insgesamt ergibt sich daraus ein Bild, das den Vorwurf antisemitisch motivierter Überzeugungen rechtfertigt. Dieser Bewertung liegt die internationale IHRA – Antisemitismus – Definition sowie die Kriterien der Drei – D.- Abgrenzung zu Grunde. (siehe Seite 38 ff). Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es auch künftig ähnliche oder vergleichbare Aussagen auf den privaten Social Media Accounts der suspendierten Mitarbeitenden geben könnte.

Die ausgesprochenen Suspendierungen erscheinen danach gerechtfertigt.

Struktureller Antisemitismus oder Einzelfälle?

Der Beitrag der SZ mit den fünf genannten Einzelfällen wirft die Frage auf, wie gravierend und verbreitet antisemitisch motivierte Einstellungen in der Middle-East-Redaktion sind. Es geht darum, ob es sich um einige schlimme Einzelfälle handelt oder ob in der Middle-East-Redaktion ein struktureller Antisemitismus vorliegt. Diese Frage zu beantworten, ist zentral für die abzuleitenden Maßnahmen, damit der Ruf und das Vertrauen in die wertebezogene

Arbeit der DW wieder hergestellt werden kann und damit die DW auch künftig glaubwürdig für ihre Ziele und ihren Wertekanon arbeiten kann. Die Beantwortung ist wichtig, damit der Vorwurf des Antisemitismus nachdrücklich ausgeräumt werden kann und die richtigen präventiven Schritte eingeleitet werden können. Das gute Image der DW im Ausland muss wieder hergestellt werden.

Deshalb wurden neben den namentlich genannten Mitarbeitenden weitere Recherchen durchgeführt und dabei weitere acht DW-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter identifiziert, denen ebenfalls antisemitische Äußerungen auf Social Media vorzuwerfen sind.

Zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte dieser Mitarbeitenden werden auch sie in diesem Bericht weder namentlich genannt noch die Rechercheergebnisse aufgeführt. Es wird jedoch eine weitere, nicht öffentliche Datei an den Intendanten der DW übergeben, in der alle nötigen Informationen enthalten sind, mit der dringenden Empfehlung, sich damit intensiv zu beschäftigen, um weiteren Schaden von der DW abzuwenden und das Thema sowohl strukturell wie personell mit der gebotenen Ernsthaftigkeit zu behandeln.

An dieser Stelle kann gesagt werden, dass es sich bei einigen Aussagen um sehr bedenkliche Äußerungen handelt, die ebenfalls den Vorwurf des Antisemitismus, der Gewaltverherrlichung und des Bestreitens des Existenzrechts Israels rechtfertigen und deshalb nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Wie uns bekannt wurde, recherchieren Journalisten in diese Richtung.

Die Entscheidung über die weitere Verfahrensweise liegt bei der DW.

Antisemitismus in der DW Berichterstattung?

Soweit es in dieser kurzen Zeit beurteilt werden kann, sind in der Berichterstattung der DW Arabia in der überwiegenden Mehrheit keine antisemitischen Tendenzen zu finden. Das ist ein Verdienst der Middle-East-Redaktion mit vielen sehr engagierten und guten Mitarbeitenden. Dennoch sind punktuell Fehler passiert, die vor dem Hintergrund der aktuellen Rufschädigung der DW Beachtung finden müssen und deren Ursachen im Sinne der künftigen Prävention genauer beleuchtet werden müssen.

Recherche

Beispiele für eine verzerrte und teils auf objektiven Unwahrheiten beruhende Berichterstattung, wie Artikel und Bildreihen, waren noch bis vor kurzem auf der Webseite der Deutschen Welle zu finden. Viele der Beispiele sind nach hauptsächlich auf Twitter

aufgekommener Kritik mittlerweile abgeändert worden, konnten jedoch in Form von Screenshots zuvor festgehalten werden.

Einige Beispiele sind angefügt:

„Proteste“ an der Grenze zwischen dem Gazastreifen und Israel“

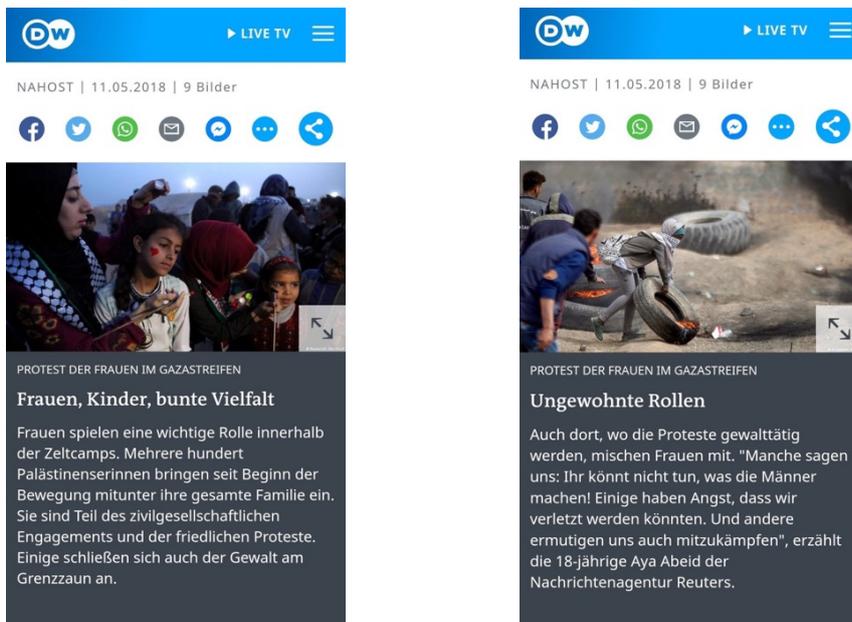


Abbildung 1: Bilderreihe über die Proteste der Frauen im Gazastreifen, DW Online, 11.05.2021

Entgegen der Berichterstattung handelt es sich nicht um eine bürgerliche „Bewegung“, die aus einem „zivilgesellschaftlichen Engagement“ der Bevölkerung von Gaza entstanden ist. Die Proteste werden von der den Gazastreifen autoritär beherrschenden Terrororganisation

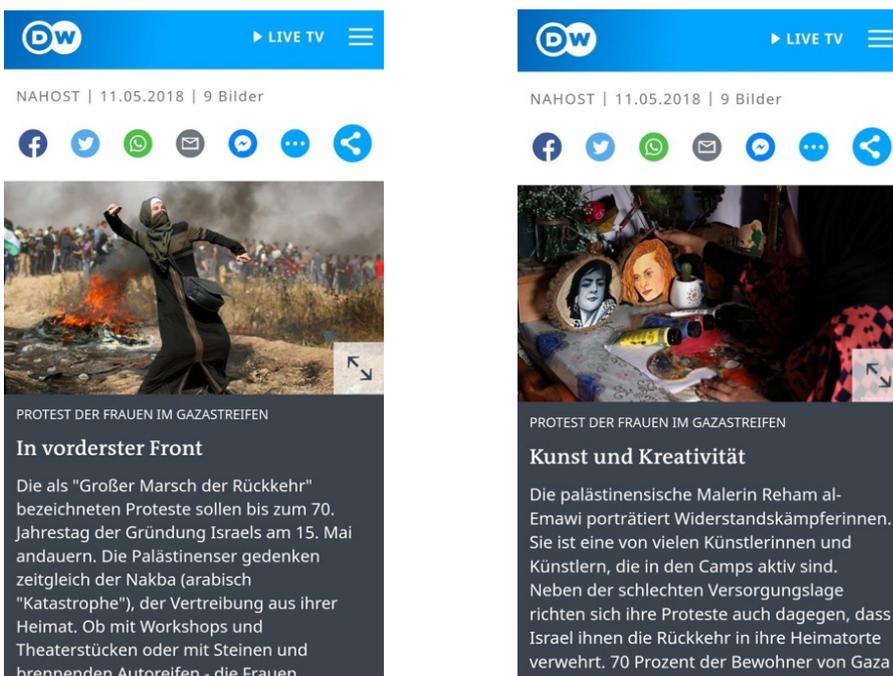


Abbildung 2: Bilderreihe über die Proteste der Frauen im Gazastreifen, DW Online, 11.05.2021

Hamas organisiert. Im Gazastreifen existiert keine Zivilgesellschaft, die sich frei und ohne staatliche Kontrolle, Unterdrückung oder Intervention entwickeln kann. Bei den als „Proteste“ bezeichneten Ausschreitungen handelt es sich um staatlich organisierte Aktionen.

Die Unterdrückung von Mädchen, Frauen und ihren Rechten bleibt eines der Hauptmerkmale der islamistischen Hamas-Herrschaft. Frauen werden bei den Ausschreitungen medial instrumentalisiert, um den Eindruck tapferer, feministischer Freiheitskämpferinnen zu erwecken. Hier kommt ein doppelter Zweck dieser Instrumentalisierung zum Tragen: Sollten bei den Auseinandersetzungen an der Grenze Frauen zu getötet werden, sind Israelis nicht nur „einfache Mörder“, sondern, noch schlimmer, „Frauenmörder“.

Weder beschreibt die Bild-Reihe die Realität vor Ort korrekt, noch analysiert sie die Hintergründe. Stattdessen wird das Hamas-Narrativ kritiklos dem deutschen Publikum praktisch ungefiltert weitergeleitet.

„Krieg nach der Staatsgründung“



The image shows a screenshot of a DW (Deutsche Welle) news article. At the top, there is a blue navigation bar with the DW logo and 'LIVE TV' options. The main heading is 'Krieg nach der Staatsgründung'. The text describes the 1948 conflict between Israel and Arab states. To the right of the text is a black and white photograph of Arab volunteers in military vehicles during a battle in 1947. Below the photo is a caption: 'Selbstverteidigung: Arabische Freiwillige im Kampf gegen Israel, 1947'.

Abbildung 3: Bericht über Staatsgründung Israels, DW Online

Die Kämpfe zwischen jüdischen und arabischen Truppen hatten schon 1947 – vor Staatsgründung Israels - begonnen. Ziel der arabischen Truppen war nicht ausschließlich Selbstverteidigung, sondern auch pro-aktive Angriffe gegen Juden. Dies schließt nicht aus, dass auch jüdischer Verbände offensiv gegen arabische vorgingen – die arabischen Truppen jedoch ausschließlich als in der Selbstverteidigung aktiv zu beschreiben, ist nicht zutreffend.

Nach der israelischen Unabhängigkeitserklärung griffen die Armeen fünf arabischer Staaten den neugegründeten Staat an, um die lokalen arabischen Truppen zu unterstützen. Erklärtes Ziel der Angreifer war es, „die Juden ins Meer zu treiben“ und den Staat Israel zu zerstören.

Noch 1967, also fast 20 Jahre nach dem Waffenstillstand - nicht Frieden - in Folge des Unabhängigkeitskrieges zwischen Israel und den fünf arabischen Staaten, beschlossen arabische Regierungen die „3 Nein von Khartum“: Nein zum Frieden mit Israel, nein zur Anerkennung Israels, nein zu Verhandlungen mit Israel.

Nakba & Konfliktgründe

Nakba-Tag erinnert an Vertreibung
15.05.2012

01:49 Min.

Am 14. Mai 1948 gründete sich der Staat Israel, am Tag danach begann das, was die Palästinenser bis heute Nakba nennen, die Katastrophe. Ungefähr 700.000 Palästinenser wurden damals aus ihrer Heimat vertrieben. Seitdem erinnern die Palästinenser alljährlich an diesen Tag der Nakbar.

GELOBTES LAND, FEINDES LAND: 70 JAHRE ISRAEL

"Nakba" - die Katastrophe

Die Palästinenser gedenken der Staatsgründung Israels als "nakba", "Katastrophe". Rund 700 000 Menschen mussten ihre Gebiete verlassen, um Platz für die Bürger des neuen Staats zu machen. So ist die Gründung Israels auch der Anfang des Nahost-Konflikts, der auch nach 70 Jahren noch nicht gelöst ist.

Gegen den Verlust der Heimat haben die Palästinenser auch politisch bekämpft. Sie tun das bis heute, sei es, wie etwa die Fatah, auf säkularer Grundlage, oder, wie die Hamas, unter islamischen Vorzeichen. Nennenswerte Erfolge verzeichnen beide Bewegungen nicht. Der fortschreitende Siedlungsbau lässt die Chance einer Zweistaatenlösung zudem kontinuierlich schwinden.

Abbildung 4: Bilderreihe über Nakba und Konfliktgründe, DW Online, 15.05.2021

Israelische Politik hat sicherlich einen Anteil am Entstehen und dem Fortbestand des Nahostkonflikts. Nicht zutreffend ist jedoch die Behauptung, israelische Politik oder sogar die bloße Existenz des Landes seien allein Grund für den Konflikt.

Die israelische Siedlungspolitik als **den** Grund für ein bisheriges Scheitern einer Zwei-Staaten-Lösung zu nennen und im gleichen Atemzug Terror von Fatah respektive Hamas nicht als Friedenshindernis, sondern als „politischen Kampf“ einzuordnen, informiert das Publikum nicht richtig.

Der Logik des Texts – Schuld am Nahostkonflikt sei die Gründung und damit die Existenz Israels – zufolge, müsste für ein Ende des Konflikts der Staat Israel aufhören, zu existieren. Eine Aberkennung des Existenzrechts Israels ist nach IHRA-Definition als antisemitisch zu bewerten.

Auch das Schicksal der 700.000 Araberinnen und Araber, die das Gebiet des heutigen Israels verlassen haben, wird ungenau dargestellt. Sie taten dies aus diversen Gründen: Ein Teil von

Ihnen wurde in Folge des arabischen Angriffskriegs tatsächlich von israelischen Truppen aktiv vertrieben. Ein weiterer Teil ging jedoch nach Aufforderung arabischer Befehlshaber, vor dem Krieg zu fliehen und dem Versprechen, sie würden wieder zurückkehren können, sofern das Ziel des Krieges - die Vernichtung Israels - erreicht sei.

Diese Beispiele demonstrieren, dass Berichte aus der Region den Standards einer qualitativen Berichterstattung aus allen Teilen der Welt, wie ihn die Deutsche Welle sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht immer standhalten. Dem deutschen Publikum werden

1. Objektiv falsche Informationen als Fakten dargestellt und
2. Geschehnisse vor Ort, historisch als auch aktuell, sehr einseitig und tendenziös eingeordnet.

Die anti-israelischen und teils antisemitischen Einstellungen der Berichterstattung kommen auch direkt beim deutschen Publikum der Deutschen Welle an. Die Medienberichterstattung der DW muss weltweit frei von Ressentiments und einseitigen Betrachtungen sein.

[Sendung vom 24.11.2021](#)

Der Algerier Salah Al-Kadiri äußert sich in einem Interview, in dem es um das neue Verhältnis der Rüstungsindustrie zwischen Marokko und Israel geht, dahingehend, dass dies kein Verhältnis zwischen zwei Staaten sei, „sondern zwischen Marokko und dem israelischen Wesen. Das ist kein friedliches Abkommen, da diese Besatzungsmacht (Anm. d. Übers.: gemeint ist Israel) seit Entstehung mehrere Tausend Kinder getötet hat. Wir unterscheiden nicht zwischen dem geflossenen Blut vom arabischen Volk in Palästina.“ Der DW-Moderator hält sich nach diesem Statement zurück. Stattdessen fällt ihm der marokkanische Interviewgast Dr. Taltee ins Wort und stellt klar, dass Israel ein anerkannter Staat sei. Anschließend beendet der Moderator das Interview, wofür er als Grund Zeitmangel nennt.²

[Einzelbeispiele zur Programmgestaltung](#)

[Häufiger Studiogast Abdel Bari Atwan](#)

Er war als Experte bei der DW Arabic von 2015 bis 2020 insgesamt 70 Mal eingeladen.

² DW-Archiv: <https://p.dw.com/p/43RNm>
Prüfbericht DW
Stand: 06.02.2022

Abdel Bari Atwan ist in der arabischen Welt aktiver Journalist, der für seine antisemitischen Äußerungen bekannt ist³. Er ist bekannt für seine Sympathien für Bin Laden (bezeichnet ihn öfter als Scheich, was eine religiöse Ehrbekundung ist) und für Saddam Hussein (bezeichnete ihn nach seiner Hinrichtung als Märtyrer) ebenso wie für das Iran-Regime, die Terrororganisationen Hamas und Hizbollah. Er ist ein scharfer Gegner der Normalisierung der Beziehungen zwischen arabischen Staaten und Israel. In seinen Artikeln und öffentlichen Auftritten vertritt Herr Atwan öfter antisemitische Haltungen. Beispielsweise sagte er 2010 öffentlich „If the Iranian missiles strike Israel, by Allah, I will go to Trafalgar Square and dance with delight.“⁴

Auch wenn die Leitung der arabischen Redaktion betont, dass Abdel Bari Atwan niemals zum Thema Nahost Konflikt eingeladen wurde, wurde er in den Programmen selten entsprechend durch die Moderation eingeordnet.

Wir halten die Tatsache, dass Abdel Bari Atwan eine so breite Bühne bei der DW angeboten wurde, für nicht vereinbar mit den Ansprüchen der DW an die eigene Programmgestaltung. Menschen mit bekannter antisemitischer Haltung erwecken mit ihrer sehr häufigen Präsenz den Eindruck der Akzeptanz dieser Auffassung durch den Sender. Dies zeugt von wenig Sensibilität bei der Auswahl der Gäste. Auch der hohe Bekanntheitsgrad und daraus folgend die erhebliche Reichweite rechtfertigen das nicht. Hinzu kommt der Eindruck, dass der Umgang der Redaktionsleitung mit Kritik, die seitens einiger Redaktionsmitglieder gegenüber der Leitung bezüglich Atwans Einladungen geäußert wurde, nicht sehr sachlich war. Es wurde auch keine offene Diskussion über eine gemeinsame redaktionelle Haltung zugelassen und auf die Kritik nicht inhaltlich reagiert.

Auch die Internetseite Qantara veröffentlichte manche seiner Beiträge:

<https://ar.qantara.de/content/-سوريا-أصبحت-كارثة-القرن-لماذا-يصمت-علماء-المسلمين-علي-مأساة-اللاجئين-السوريين؟>

³ <https://www.welt.de/kultur/medien/plus236086726/Partner-der-Deutschen-Welle-fuer-Unterstuetzung-fuer-Terrororganisationen-bekannt.html>

⁴ <https://www.youtube.com/watch?v=BDYS7JuOcC0&t=58s>

#rettetSheikhJarrah

Die Nutzung des Hashtags #rettetSheikhJarrah folgt einer subjektiven palästinensischen Propaganda und ist unangebracht (Abb. 52).

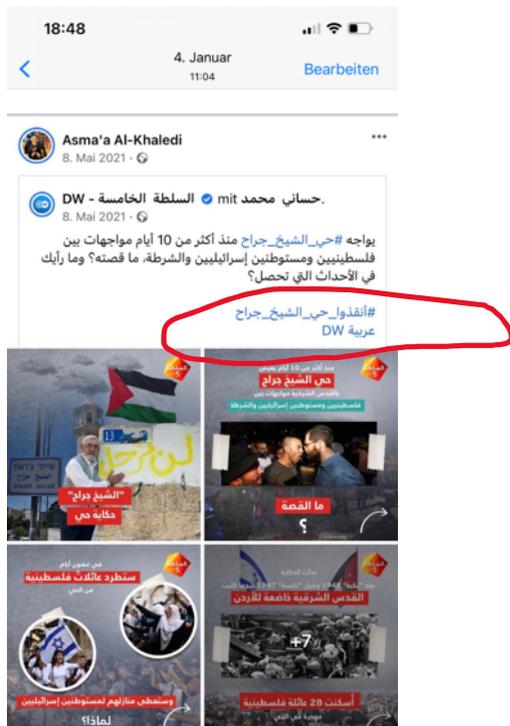


Abbildung 5: DW arabia online, #rettetSheikhJarrah

Yosri Fouda

Yosri Fouda ist ein ägyptischer Investigativ-Reporter, Journalist, Autor und Fernsehmoderator, der vor allem durch seine Sendung bei Al Jazeera „Top Secret“ bekannt geworden ist. Er hat mehrfach seine antiisraelischen und antisemitischen Haltungen öffentlich gemacht. Als Beispiel kann der Beitrag „streng geheim- die Freimaurerbewegung. Teil 1“ angeführt werden, in dem Fouda über deren Verbindung mit Zionisten und Juden spricht.⁵ Die Tatsache, dass die DW durch arabische Superstars versucht (hat), an Reichweite zu gewinnen, ist zu begrüßen, jedoch scheint hier bei der Wahl und der Durchsetzung des Konzeptes zu wenig Priorität auf die Verkörperung der Werte der DW gelegt worden zu sein. Auch wenn die Sendungen Foudas bei der DW redaktionell fehlerfrei schienen (wir haben stichpunktartig mehrere Sendungen angeschaut), wird mit dem Gesicht von Yosri Fouda seine (bekannte) Haltung verbunden. Und Auftritte als Anchor in der DW könnten als Legitimation solcher Haltungen (miss)verstanden werden.

⁵ https://youtu.be/JE_hZUUjv7E

Schaltpartner

xx war im Jahr 2016 mehrfach als Autorin für das arabische Programm der DW tätig. Seit 2017 ist sie als Interviewpartnerin oder Schalte-Partnerin (für TV) für das arabische Programm tätig, unregelmäßig, im geringen Umfang. Sie bekommt für jede Fernsehschalte ein Honorar. Letztmalig am 12.09.2021. Sie ist kein Mitglied der arabischen Redaktion. Sie gilt als eine externe Expertin ähnlich wie ein Studiogast.

Sie wird von der TV –Leitung für Schalten bevorzugt eingesetzt.

xx schreibt am 16.12.2017 auf ihrem Facebook-Profil:

„Es gibt einen Streit um die Verbrennung der Flagge der Besatzungsmacht, weil ein Davidstern in ihrer Mitte steht! Unter all dem, was ich las, kam vor allem der Zorn der Juden, über die Niederbrennung ihres religiösen Symbols vor! Ich weiß nicht, wie richtig es ist, dass der Stern ein religiöses Symbol ist, aber ich denke, die Verbrechen der Besatzung sind viel wichtiger, ungeheuerlicher als die Bedeutung solcher Symbole... Hört auf zu weinen, eure Verbrechen haben alles übertroffen.“

xx kommentiert folgenden Post...: *„Aber wenn diese Aussage dazu dient, die kriminelle Handlung in der Stadt Tabgha zu verschleiern, dann ist es eine abgelehnte Darstellung, von denen, die es schon immer so taten.*

*An alle unsere christlichen und muslimischen Bürger, keine Panik. Folgt der Volksverhetzung. (Fitna)
Patriarch Michelle Sabah“*

...mit folgenden Worten: *„Wie können sie (IS) dazu aufrufen Israel und die Zionisten zu bekämpfen? Israel hat den IS doch erschaffen, wie können sie sich selbst bekämpfen?“*

Am 20.11.2012 teilt xx ein Video und den dazugehörigen Kommentar (Abb. 55): *„Das Video, das Facebook jedes Mal gelöscht hat, um die zionistischen Verbrechen zu vertuschen. Und wir werden es jedes Mal veröffentlichen... Gott habe ich geweint, als ich das Video sah. Teilt es... lassen Sie die Welt beobachten, damit jeder die Monstrosität der Zionisten erkennt. Das ist nur ein Tropfen ihrer Verbrechen.“*

Am 17.10.2015 schreibt xx folgenden Post

„Ich wünsche mir, dass Journalisten miteinander konkurrieren, um unterschiedliche Geschichten über den Krebs genannt Israel zu schreiben, genauso wie sie über die Ankündigung der Namen der Märtyrer konkurrieren.

Die Übersetzung solch wichtiger Geschichten in unterschiedlichen Sprachen ist wichtiger denn je und zu einer Pflicht geworden.

Israel ist eine Medienmaschine, eine „Hundetochter“ (eine Beleidigung), erbärmlich und eine Lügnerin, dennoch sie wissen, wie man arbeitet.

Lasst uns, wenn auch nur einmal, wie sie sein!“

Bewertung:

Es ist also seit längerem bekannt, welche Positionen xx zum Nahen Osten und zum Verhältnis Israel und den palästinensischen Gebieten vertritt. Die redaktionelle Entscheidung erscheint nicht dem Anspruch der Objektivität zu entsprechen, denn xx wird in der Social Media Arbeit mit diesen Haltungen verbunden.

Eindrücke zur Arabischen Redaktion insgesamt

Die Deutsche Welle hat seit 2014 einen tiefgreifenden strategischen Veränderungsprozess durchlaufen, von einem hauptsächlich adaptionsorientierten Auslandsrundfunk zu einem global agierenden Medienunternehmen. Sowohl Aufgabenfelder als auch Anforderungsprofile, benötigte Kompetenzen und Arbeitsabläufe der Mitarbeitenden haben sich seitdem entsprechend verändern müssen. Diese strategischen Veränderungen brachten die Möglichkeit des Wachstums mit sich, das im Ergebnis besonders in der arabischen Welt viel Reichweite erzielte, aber auch ein schnelles Wachstum der Middle-East Redaktion notwendig machte.

Die Entscheidung und Fokussierung auf Beschäftigung von Mitarbeitenden aus der Region, um dem Wachstum gerecht werden zu können, hat zur Folge, dass in der arabischen Redaktion der DW Menschen tätig sind, die in unterschiedlichsten Kontexten sozialisiert und geprägt wurden. Teilweise sind eigene biographische Erfahrungen, wie beispielsweise das Erleben der zweiten Intifada oder die Leugnung des Holocaust mit Verweis auf Bildungsinhalte im Heimatland prägend für die persönliche Haltung zu Israel. Die Kenntnis wichtiger politischer Positionen Deutschlands, besonders zu Israel, zu Rassismus und Antisemitismus, kulturelle Kenntnisse und speziell das umfassende Verständnis des

spezifischen wertebasierten Auftrags der DW scheinen deshalb nicht immer in ausreichender Form vorhanden zu sein.

Die inhaltliche Arbeit muss hohen Qualitätsstandards genügen - in deutscher, englischer und arabischer Sprache. Die Qualitätskontrolle muss effizient sein und konsequent durchgeführt werden. Die Anforderungen gelten für alle Beschäftigten in der arabischen Redaktion, auch für die Leitungsebene im Programm und Vertrieb. Die Einhaltung des wertebasierten Auftrags der DW, gerade was die politische Haltung zum Existenzrecht Israels und gegen Antisemitismus angeht, muss in der Redaktion von allen Verantwortlichen garantiert werden. Die festgestellten Vorwürfe zeigen deutliche Zweifel an der Wirksamkeit der Kontrolle. Die im Ausland erworbene, sich voneinander unterscheidende journalistische Ausbildung führt dazu, dass in der Redaktion ein unterschiedliches Verständnis von Qualitätsstandards und journalistischem Handwerk vorliegt.

Häufig wurde, auch seitens der Leitung der Middle-East-Redaktion, formuliert, dass die DW in der arabischen Welt den nötigen Demokratisierungsprozess maßgeblich vorantreibe. Dazu gehöre es auch, Menschen, die aus dieser Region rekrutiert und in der DW eingesetzt würden, die Chance zu geben, während ihrer Tätigkeit bei der DW ihre Haltungen und Standards zu überdenken und sich den DW-Werten anzunähern. Vom Grundsatz her wird der Anspruch unterstützt, Menschen durch ihre Tätigkeit bei der DW in ihrer persönlichen Entwicklung zu fördern. Jedoch ist es nötig, ausdrücklich Anforderungsprofile und Kriterien zu definieren, die an die Arbeit anzulegen sind. Das Anforderungsprofil der journalistischen Objektivität ist zum Beispiel mit konkreten Sachverhalten darzustellen, die eine faktenbasierte Berichterstattung in einem aktuellen Konflikt (Beispiel Mai 2021) ohne einseitige Bewertung ermöglicht. Dazu bedarf es eines Mindestmaßes an thematischen Kenntnissen, der Historie und der Akteure sowie die internationale Einbettung. Diese selbstverständlichen Anforderungen an Mitarbeitende müssen schon bei der Rekrutierung eine Rolle spielen und nachvollziehbar geprüft werden. Sie dürfen nicht unterschritten werden. Journalisten sind keine Aktivisten. Berichterstattung und Kommentar müssen getrennt bleiben. Dies formuliert die Mission des DW-Leitbildes ganz klar „Freie Informationen für freie Entscheidungen.“

Klima

Insgesamt haben wir während unserer zahlreichen Gespräche, die in der zur Verfügung stehenden Zeit nur mit einem Teil der Mitarbeitenden geführt werden konnten, eine angespannte Atmosphäre in der Middle-East-Redaktion wahrgenommen, in der Angst vor

negativen Konsequenzen bei Gesprächspartnern spürbar war, falls die Gesprächsinhalte offengelegt würden. Mehrere Mitarbeitende haben in einem Telefongespräch erklärt, aus Angst vor Verwendung des Gesprächs nicht mit uns reden zu wollen. Die Middle-East-Redaktion steht noch sehr unter dem Eindruck der unabhängigen Betrachtung aus dem November 2020 zu den Vorwürfen des Machtmissbrauchs anlässlich der Berichterstattung im Guardian.

Thema war jedoch weniger der Gegenstand der Betrachtung selbst als die danach getroffenen Maßnahmen. Wir erhielten den Eindruck, dass trotz Änderungen in den Entscheidungsstrukturen nach wie vor eine Spaltung innerhalb der Mitarbeiterschaft vorhanden ist und deshalb nur begrenzt der Leitung vertraut wird. Es ist seit der unabhängigen Betrachtung 2020 noch nicht gelungen, ein gemeinsames Verständnis für die Ziele der Redaktion zu entwickeln, die fachlichen Anforderungen an die unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen transparent, nachvollziehbar und messbar darzustellen und eine Feedbackkultur zu etablieren, in der die Führungsebene mit Kritik einen souveränen und konstruktiven Umgang findet. Den Hinweis auf die Notwendigkeit, die Ambiguitätstoleranz der Führungsebene deutlich zu entwickeln sowie die Fähigkeit, mit unterschiedlichen Persönlichkeiten umgehen zu können, gab die unabhängige Betrachtung bereits. Aus unserer Perspektive mit dem Fokus auf den Vorwurf des Antisemitismus und einseitiger Israelkritik gibt es noch deutlich Bedarf an strukturellen personellen Veränderungen. Es wird nicht ausreichend offen und auf der Basis von gegenseitigem Vertrauen über diese Themen gesprochen. Der Umgang mit diesem Thema befördert im Gegenteil Spaltungstendenzen innerhalb der Redaktion und birgt das Risiko für weitere die DW gefährdende negative Berichterstattung. Zur Risikominimierung muss glaubhaft ein neuer Anfang gestaltet werden, der integrativ, offen und dialogisch sein muss.

Die Loyalität und Hingabe der Mitarbeitenden zur Tätigkeit bei der DW und der Erfüllung deren Auftrags waren deutlich in unseren Gesprächen zu spüren. Auch geäußerte Kritik an der aktuellen Situation konnte immer verstanden werden als ein Engagement im Sinne der DW und der Herstellung ihrer Reputation. Deshalb scheint die Grundlage für einen gelingenden Neustart da zu sein. Es wird der DW angeraten, diesen anstehenden Optimierungsprozess unbedingt längerfristig professionell extern begleiten zu lassen.

Strukturen

Die Verteilung von 70 Prozent freien Mitarbeitenden und 30 Prozent Festangestellten ist im Vergleich mit anderen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten etwas höher als dort üblich.

Das Entscheidungsmonopol über die Beschäftigung und den Einsatz der freien Honorarkräfte bei den jeweiligen Abteilungs- und Bereichsleitungen (da die Finanzierung über den Sachmittel-Etat der Middle-East-Redaktion abgewickelt wird) schafft eine ungünstige Hierarchie, ein Gefühl „des ausgeliefert seins“, Intransparenz und letztendlich die Möglichkeit für existenzgefährdende Abhängigkeiten. Wer sich nicht „wohl verhält,“ bekommt weniger oder keine Schicht und verdient dann entsprechend weniger. Es wurde zudem häufig geäußert, dass Einsatz- und Personal-Entscheidungen intransparent getroffen würden.

Sehr häufig wurde angegeben, dass ein gemeinsames Verständnis der redaktionellen Linie fehle, es zu wenig-Gelegenheit zum Austausch durch die Reduktion von Redaktionskonferenzen und durch die (nicht verlässlich stattfindende) wöchentliche Gesamtedaktionskonferenz, die bis 2014 mittwochs stattgefunden habe, gebe. Der wichtige Raum für eine regelmäßige redaktionelle Debatte über Standards, Terminologien, Haltungen, Themenvorschläge und zur eigenen Berichterstattung existiere kaum noch. Entscheidungen zu Themen, Bestellungen von Korrespondenten oder Schaltungspartnern lägen häufig bei den CvDs und der Abteilungs- bzw. Bereichsleitung allein. Ein Beispiel hierfür liegt uns aus einem Protokoll eines Jour Fixe für News und Planning vom 27.05.2021 vor, während die Hamas gegen Israel kämpfte, in dem die Anweisung durch den TV-Leiter gegeben wurde, dass zu diesem Thema in den News, wenn möglich, immer xx für Schalten angefragt werden sollte. (Das Protokoll des JF vom 27.05.2021).

Gerade in einem so komplexen Konflikt wie dem der Hamas gegen Israel entspricht dies aus journalistischer Sicht hinsichtlich Unvoreingenommenheit, Neutralität und Objektivität eher nicht dem normalen Qualitätsstandard. Dies gilt erst recht, wenn sich diese Person auf ihren Social Media-Accounts deutlich für eine Konfliktpartei positioniert.

Wir hatten den Eindruck, dass Kontrollmechanismen wie das vier Augen-Prinzip teilweise nicht funktioniert, , wenn Nachrichtenredakteure gleichzeitig als Schlussredakteure eingesetzt werden. Häufig wurde berichtet, dass Fragen an die Redaktionsleitungen per Mail gestellt und nicht beantwortet würden, und damit die Fragestellungen selbst gelöst werden müssten.

Redaktionelle Richtlinie zum Antisemitismus

Es existieren bereits einige DW-Richtlinien zu Israel und den palästinensischen Gebieten und zu Rassismus und Sprache. Sie gilt es, mit Leben zu füllen, damit rote Linien konkret und für alle verständlich vorliegen.

Dazu bedarf es Definitionen und näherer Erläuterungen mit Beispielen zu Antisemitismus, Israelhass und der Abgrenzung zu berechtigter Israelkritik. Solche ausführlichen Guidelines liegen nach unserer Erkenntnis nicht vor. Israelbezogenen Antisemitismus von politischer Auseinandersetzung mit Israel abzugrenzen, ist schwierig, auch unter Anwendung der 3 D Regel. Das gilt besonders in einer Region, in der die Haltung und Einstellung zu Israel und zu den palästinensischen Gebieten sehr unterschiedlich ist, religiöse Prägungen eine Rolle spielen, die Emotionen hoch gehen und das Existenzrecht Israels sehr umstritten ist, erst recht die Haltung der Bundesregierung dazu als Staatsräson. Genau das muss die DW leisten - Informationen liefern, die andere Medien in der Region nicht im Programm haben, eine objektive und ausgewogene Berichterstattung auch bei der Zusammenarbeit und Kooperation mit regionalen Partnern.

Rekrutierung

Im Beitrag der SZ wurde der Vorwurf erhoben, die Einstellungspraxis der DW sei intransparent und basiere auf persönlichen Gefälligkeiten oder Verwandtschaftsbeziehungen. Aus diesem Grund ist die Rekrutierung Gegenstand der vorliegenden Untersuchung. Neben den Gesprächen mit vielen Mitarbeitenden und ihren Wegen zur DW hat uns die Leiterin der Business Administration über viele personelle Abläufe informiert.

Einstiegsmöglichkeiten in die DW

Es scheint gängige Praxis, dass der Einstieg in die arabische Redaktion üblicherweise über ein Praktikum erfolgt, welches zwischen einem bis drei Monate dauern kann. Diese Praktikumsstellen scheinen weder im In- noch im Ausland ausgeschrieben zu sein, sondern hauptsächlich anhand von Empfehlungen oder initiativen Bewerbungen vergeben zu werden. Es scheint auch keine offiziell gültigen Entscheidungskriterien zu geben, anhand derer die Dauer des Praktikums entschieden wird.

Die Praktikumsphase wird einheitlich als einerseits Prüfungsphase beschrieben, die der Versicherung dient, ob die Kompetenzen und Persönlichkeit zur Middle-East-Redaktion passen, und andererseits als Einarbeitungsphase, in der sich die Praktikanten mit den Arbeitsabläufen und Werten der DW vertraut machen sollen. Verläuft die Praktikumsphase für beide Seiten erfolgreich, folgt häufig die Vereinbarung eines Honorarrahmenvertrags, der üblicherweise zunächst in sehr kleinem Umfang gehalten wird, der dann sukzessive steigt.

Tests, die standardmäßig für einen erfolgreichen Übergang zwischen Praktikum zum Honorarrahmenvertrag absolviert werden mussten, werden nach Auskunft der meisten unserer Gesprächspartner seit einiger Zeit nicht mehr absolviert. Maßgeblich scheinen Feedbackgespräche der jeweils verantwortlichen Abteilungs- oder Bereichsleiter. . Dieses Vorgehen lässt Personalentscheidungen der Führungsebene nicht transparent und nachvollziehbar genug erscheinen. Und dies scheint auch eine Ursache für Misstrauen, das Gefühl der Ungleichbehandlung oder auch des Eindrucks von „Günstlingsentscheidungen“ zu sein. Zudem wurde geäußert, dass durch dieses Vorgehen das Qualitätsniveau gesunken sei.

Es scheint ebenfalls gängige Praxis zu sein, Aufgaben, die durch freie Mitarbeitende erfüllt werden sollen, im Ausland nicht auszuschreiben. In Deutschland werden sie eher selten ausgeschrieben, vor allem aufgrund der Konzentration auf die Rekrutierung lokaler Kräfte im Ausland. Für den Abschluss eines Honorarrahmenvertrags ist lediglich seitens der zuständigen Abteilungs- oder Bereichsleitung ein Lebenslauf der Abteilung „people“ gemeinsam mit der Entscheidung über einen Abschluss vorzulegen. Es wird dort nicht mehr die Geeignetheit der Person überprüft. Die Laufzeit, der Umfang des Vertrags sowie die Vertragsbeendigungen können von der verantwortlichen Abteilungs- und Bereichsleitung ohne weitere Entscheidungsträger allein getroffen werden. Dies konzentriert viel Entscheidungsmacht bei einer Person, wodurch das Risiko von (manchmal auch existenzgefährdenden) Abhängigkeitsverhältnissen wächst. Zudem schafft dies Konkurrenzsituationen um die Gunst des Entscheiders. Das sind Bedingungen, die einen starken Teamgeist und offene Kommunikationskultur hemmen können.

Feste Stellen gibt es in der arabischen Redaktion nur in geringem Umfang wie das Verhältnis 70 :30 zeigt. Der Bewerbungsprozess scheint hier gängigen Standards zu entsprechen. Viele der Freien scheinen eine Festanstellung bei der DW anzustreben und haben das Gefühl, sich über einen langen Zeitraum beweisen zu müssen, damit dieser Schritt gelingt. Unter diesem Gesichtspunkt und der beschriebenen intransparenten Kommunikation zu Personalbesetzungen innerhalb der Middle-East-Redaktion erschien beispielsweise die vergleichsweise schnelle Übernahme in eine Festanstellung einer Kollegin (nach „nur“ zwei Jahren) vielen als nicht nachvollziehbar. Andere sind länger als 10 Jahre freie Mitarbeiter.

Prüfung und Assessment

Es scheint nicht gängige Praxis zu sein, bei freien Mitarbeitenden neben dem Lebenslauf weitere Arbeitsproben von einer weiteren Instanz neben dem Hauptabteilungsleiter, wie beispielsweise von dem Bereich „people“ prüfen zu lassen. Social Media Checks werden nicht regelmäßig gemacht. Es existieren keine ausreichenden Prüfungsschritte, die sicherstellen, dass DW Mitarbeitende neben einer journalistischen Qualifikation auch die nötige Haltung zu den Werten und dem Auftrag der DW erfüllen. Ebenso trifft die Entscheidung über die Eignung des Kandidaten die Fachabteilung allein.

Onboarding

Es werden den Mitarbeitenden bei Beginn ihrer Tätigkeit die Guidelines, das DW-Handbuch sowie der Code of Conduct ausgehändigt. Die Inhalte werden jedoch nicht, beispielsweise in fest vorgeschriebenen Schulungen, in die Arbeitspraxis transferiert. Stattdessen haben die erfahrenen Kollegen die eher informelle Aufgabe, die neuen Kollegen zu begleiten und in persönlichen Gesprächen anlassbezogen das Verständnis für die Themen in der täglichen Arbeit zu vertiefen. Ebenso wird häufig dargestellt, dass neue Mitarbeitende nur schrittweise eigenverantwortlich tätig werden dürfen. Es konnte jedoch kein strukturierter Onboarding-Prozess identifiziert werden, in dem neben rollenspezifischen Abläufen und Kenntnissen eine gezielte Auseinandersetzung mit den DW Werten und der Verwirklichung des Programmauftrags stattfinden kann.

Empfehlung

Ausschreibungen und Auswahlkriterien

Es ist zu empfehlen, auch Praktikumsstellen sowohl im In- als auch im Ausland auszuschreiben. Der Bewerbungsprozess sollte standardisiert sein und die Entscheidung anhand klar definierter, messbarer und nach allen Seiten kommunizierter sowie dokumentierter Kriterien erfolgen. Entscheidungsträger sollte neben der verantwortlichen Abteilungs- oder Bereichsleitung eine weitere unabhängige Stelle, beispielsweise die Personalabteilung sein.

Da im Redaktionsalltag freie Mitarbeitende ebenfalls in verantwortlichen Rollen maßgeblich an den Inhalten der DW mitwirken und die Qualität der Produkte beeinflussen, erscheint es hier dringend angeraten, die Praxis der Ausschreibungen zu standardisieren, dh. jede für freie

Mitarbeit offene Position immer im In- und Ausland auszuschreiben, diesen Prozess Kriterien geleitet transparent zu gestalten. Dazu gehört auch, dass ein Praktikum nicht generell als verpflichtend vorgeschrieben wird, da sonst die Stelle auf eine oder wenige Personen von vornherein zugeschnitten ist.

Der Bezug zu Deutschland, Kenntnis der Kultur und des politischen Systems sowie insbesondere die demokratische Grundordnung sollten als notwendige, zu erfüllende Kriterien im Rekrutierungsprozess geprüft werden.

In den Auswahlprozess sollte auch die Kenntnis des bisherigen inhaltlichen und journalistischen Wirkens von Bewerberinnen und Bewerbern einbezogen werden. Insbesondere die Fragestellung, ob das bisherige Wirken mit den durch die Deutsche Welle zu vertretenden Werten in Einklang zu bringen ist, gilt es zu beleuchten.

Die durch den staatlichen Bundeshaushalt finanzierte Deutsche Welle hat die Verpflichtung, ihre Ziele und Programmgrundsätze sorgfältig und fachlich überzeugend zu vertreten. Damit kommt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern große Verantwortung zu. Deshalb schlagen wir vor, dass die Verpflichtung zur Achtung der Würde des Menschen, des demokratischen Rechtsstaats und aller in § 5 des DWG enthaltenen Grundsätze und Anforderungen an die journalistische Arbeit in die Verträge zwischen der DW und Praktikanten, freien sowie festen Mitarbeitenden Eingang finden. Weiter sollten die Mitarbeitenden sich dazu verpflichten, die wesentlichen Grundlinien deutscher Politik im Nahen und Mittleren Osten zu beachten.

Onboarding Prozess

Die Integration neuer Mitarbeitenden sollte strukturiert und zielgerichtet erfolgen. Ihnen sollte neben den internen Prozessen auch die Unternehmenskultur nähergebracht werden. Ziel des Onboardingprozesses ist es zum einen, die Motivation und damit die Produktivität neuer Mitarbeitenden zu fördern, zum anderen aber auch, eine Loyalität zur Deutschen Welle als Arbeitgeber aufzubauen.

Schon vor der ersten Phase des Prozesses soll es um eine Vermittlung der Unternehmenswerte gehen. Nur eine klare Darstellung dieser Unternehmenswerte ermöglicht eine Identifikation mit diesen.

Im Rahmen des unternehmensinternen Onboardingprozesses sollen neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Kriterien geleitete Entwicklungsschritte verfolgen. Diese sollen transparent zu Beginn gemeinsam festgelegt und regelmäßig überprüft werden.

Gegenseitige Erwartungen sind von Anfang an transparent zu klären und auch rechtliche Bedingungen sollen klar dargelegt werden.

Für den Verlauf und Erfolg des Onboardingprozesses trägt die Deutsche Welle als Unternehmen Verantwortung. Ein solches Vorgehen reduziert künftig das Risiko von Vorfällen, wie der Antisemitismusvorwurf an einzelne Mitarbeitende der Middle- East Redaktion.

Schulungen

Die uns übergebene Liste mit einigen In –House –Fortbildungen von 2017 -2021 enthielten Fertigkeitsschulungen für einige Mitarbeitende der arabischen Redaktion. Darüber hinaus wurden seit der Umstrukturierung im Frühjahr 2021 einige Workshops zu Unternehmen- und Redaktionskulturthemen aufgesetzt. Dies ist zu begrüßen. Es braucht aber ein fundiertes Schulungskonzept sowohl für feste wie freie Mitarbeitende, an dem über den Onboarding-Prozess hinaus verpflichtend teilgenommen werden sollte. So soll sich die Auseinandersetzung mit den Zielen und Programmgrundsätzen der DW verstetigen. Dabei sollten Themen der politischen Bildung ebenso Platz finden, wie die Auseinandersetzung mit den DW-Werten, dem journalistischen Selbstverständnis und die Abgrenzung von Antisemitismus und Israelkritik. Die Deutsche Welle kann es sich nicht erlauben, mit Vorwürfen des Antisemitismus bei ihrer Arbeit in Verbindung gebracht zu werden. Die Bindung an die DW-Werte kann auch über ein Mentoring-Programm erhöht werden. Für Mitarbeitende in der Middle-East Redaktion sollten Israel- und Gedenkstättenbesuche organisiert werden. Für die Auswahl guter Partner für die Schulungen zum Thema Antisemitismus und Abgrenzung zur Israelkritik empfehlen wir ein Hinzuziehen des Antisemitismusbeauftragten des Bundes.

Partner

Zum Untersuchungsauftrag gehört auch das Durchleuchten und Bewerten der Vertriebs- und Partnerstrategie ebenso wie Ko-Produktionen der DW in der MENA-Region und daraus resultierende Empfehlungen.

Die DW kommt ihrem Auftrag nach dem DW – Gesetz in vielen Regionen der Welt nach und hat seit 2013 ihre Strategie in wesentlichen Punkten geändert. Waren früher überwiegend die im Ausland ausgestrahlten Programme aus dem Deutschen adaptierte, also übersetzte Texte, wurden jetzt Inhalte über und mit Partnern transportiert, Social Media in vielfältiger Form genutzt und auch eigene Programminhalte produziert. Reichweite und Bedeutung der DW im umkämpften Medienmarkt haben damit kontinuierlich zugenommen. Der arabischsprachige Raum hat mit seinen hohen Interaktionen wie Shares, Likes und Kommentaren einen großen Anteil an dem Anstieg der Nutzungszahlen. Dreiviertel der ca 290 Mio Nutzenden werden über die Partner der DW erreicht.

Alle unsere Gesprächspartner aus der Geschäftsleitung und dem Vertrieb haben die Strategie der Reichweitensteigerung durch Partner begrüßt und als die richtige Entwicklung bewertet. Wenn die DW ihre Werte breiter vermitteln will, gelingt das in nennenswertem Umfang nur mit der Partnerstrategie.

Uns wurden Listen mit den derzeitigen und mit den abgelehnten Partnern in der MENA Region übergeben, die zeigen, welche Chancen und Risiken in dieser Geschäftspolitik liegen.

In der arabischen Region gibt es kaum einen Sender, TV oder Radioprogramme, Social Media Plattformen, digitale Formate, die mit den außenpolitischen Positionen in Deutschland zum Nahostkonflikt, zur Bedeutung Israels und zu möglichen Lösungsansätzen (Zweistaaten-Lösung) in wesentlichen Grundzügen übereinstimmen. Deshalb muss die DW anhand inhaltlicher Kriterien sorgfältig prüfen, mit welchen Partnern sie sich einlässt und wie die Kooperation ausgestaltet wird – Content liefern, der ohne Änderung ausgestrahlt wird, Unterstützung bei Diskussions/ Talk – Formaten, etc.

Kein Wachstum mit Antisemitismus

Wenn die programmliche Ausrichtung des Partners deutlich den Positionen der DW entgegensteht, besonders hinsichtlich des Existenzrechts Israels, der Bedeutung des Holocaust, Bewertung von Hisbollah und Hamas, muss man sich fragen, ob die inhaltlichen Botschaften der DW überhaupt bei den Nutzenden ankommen, ob diese Inhalte die Zielgruppe erreichen und überhaupt wahrgenommen werden, wenn sie eingebettet in ein Programm mit entgegengesetzten Inhalten ausgestrahlt werden. Reichweite ohne angemessene Inhaltsvermittlung kann keine Strategie der DW sein.

Es muss deshalb nicht Reichweite versus Inhalte heißen, sondern Reichweite mit Inhalten. Die Erfüllung des Hauptauftrags der DW darf dem Streben nach Reichweite als Priorität nicht zum Opfer fallen.

In diesem Spannungsfeld bewegt sich die Arbeit der arabischen Redaktion und des Vertriebs vor Ort. Nur in Zusammenarbeit und gegenseitiger Absprache können die richtigen Entscheidungen getroffen werden, um kein falsches Profil der DW zu bewirken. Da hat es in der jüngeren Zeit einige Irritationen und Probleme gegeben.

Die grundsätzliche Partnerstrategie wird von uns nicht in Frage gestellt. Eine DW als weitgehend von der Öffentlichkeit in der MENA –Region nicht wahrgenommenes Nischen-Medienangebot entspricht nicht der Zielrichtung, mit der die DW gegründet wurde. Ein Geheimsender DW kann keinen Einfluss auf die Haltung der Bürgerinnen und Bürger in der Region ausüben, kann nicht zur Überzeugung beitragen, entfaltet keine Wirkung.

Verschwinden aber die Inhalte der DW im Programm des Partners oder auf Social Media Plattformen, wird zwar Reichweite, aber mit einem falschen Bild erzeugt.

Deshalb muss die Auswahl der Partner sehr sorgfältig erfolgen, Deshalb müssen bei der Auswahl der Partner klare Kriterien zu Grunde gelegt werden, um zu vermeiden, dass durch die Partner der Ruf der DW als ein Medienplayer für Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat beschädigt wird.

Es gibt einen 2008 entwickelten und zuletzt 2020 überprüften Kriterienkatalog für die Auswahl der Partner. Danach werden die Partner bewertet nach

- Marktstellung
- Reichweite
- Zielgruppenkongruenz
- Professionalität
- Zuverlässigkeit
- Inhaltlicher Ausrichtung, zu der das Thema Freiheits- und Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat, Umwelt und soziale Gerechtigkeit passt.

Positive Kriterien sind Seriosität, Objektivität, Pluralität, negative Kriterien Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Diskriminierung.

Diese sind jedoch nicht weiter spezifiziert oder definiert. Wir konnten den Eindruck gewinnen, dass die im Vertrieb für die MENA-Region verantwortlichen Mitarbeiter ein gutes und passendes Verständnis von den notwendigen Abgrenzungen hatten. Dies untermauert auch eine Liste von abgelehnten Vorschlägen für Partnerschaften, die teilweise Ablehnung wegen antisemitischer Inhalte aufweisen, ebenso wie die Beendigung der Partnerschaft mit Al Jazeera aufgrund einer unausgewogenen Berichterstattung. Dennoch erscheint es dringend notwendig, ein verlässliches, standardisiertes, transparentes und dokumentiertes Vorgehen für die Prüfungen zu etablieren.

Verwunderlich sind Vorschläge mit Al Mayadeen TV im Libanon (finanziert durch den Iran und Propaganda Portal, das das Existenzrecht Israels ablehnt) und Chouf TV in Marokko (Propaganda Portal), die aus der Middle-East-Redaktion an den Vertrieb herangetragen wurden.

Es wurde MIND prevention eine Liste mit ca. 4.000 Partnern weltweit wie TV- Sendern, Social-Media-Kanälen und unterschiedlichen Plattformen zur Verfügung gestellt. Stichprobenweise wurden einige Partner in der MENA –Region auf ihre Geeignetheit für eine Kooperation mit der DW untersucht. Eine umfassende Untersuchung ist mit den derzeit vorhandenen Mitteln und der verfügbaren Zeit nicht möglich. Es wird auf der Grundlage der so gewonnenen Erkenntnisse eine erste Bewertung abgegeben.

Eingefrorene Partnerschaften

Nach der Veröffentlichung des Magazins VICE mit Antisemitismus-Vorwürfen über den DW-Partner Roya TV am 03.12.2021 und am 07.12.2021 über Al Jadeed TV als Hisbollah-Sender legte die DW die Partnerschaften auf Eis. Dem Untersuchungsauftrag folgend soll nun geklärt werden, ob die Vorwürfe des Magazins VICE gerechtfertigt sind.

Roya TV

Der jordanische Sender Roya TV nutzt stringent über Jahre hinweg die Begriffe wie „*israelische Besatzung*“ ebenso bezeichnet Roya TV israelische Bürger als „*Siedler der israelischen Besatzung*“. Damit drückt der Sender seine Ablehnung gegenüber Israel als

souveräner Staat aus. Ebenso werden Karikaturen auf den Social Media-Kanälen geteilt, die eindeutige antisemitische und teilweise israelfeindliche Narrative ausdrücken, Juden als Schweine darstellt, welche die Al-Aksa-Moschee umzingeln. Herabfallende Messer (von Allah's Hand) töten sie, um die Al-Aksa-Moschee vor ihnen zu schützen. Juden werden damit entmenschlicht, die Messer-Intifada als die Ausführung Allah's Willens dargestellt (Abb. 6).



Abbildung 6: Karikaturen Sammlung, Roya TV

Jordanien hat ein Friedensabkommen mit Israel geschlossen, weshalb die Wortwahl über und Darstellung von Israel in dieser Form auch nicht mit der jordanischen Staatsräson zu erklären ist. Dennoch folgt Roya TV antisemitischen Narrativen.

In der Folge auf das Einfrieren der Partnerschaft hat sich Roya TV öffentlich als Opfer zelebriert und keinerlei Reflektion mit den Ursachen für das Pausieren der Partnerschaft gezeigt. Im Gegenteil betont der Vorstandsvorsitzende von Roya TV, dass *„niemand von Roya TV erwarten sollte, dass er aus Angst vor Anschuldigung des Antisemitismus nicht über Feindseligkeiten berichtet, die unschuldige Zivilisten betreffen.“*⁶ In der offiziellen Presseerklärung bezieht sich Roya TV's Vorstandsvorsitzender zudem auf die Erklärung der palästinensischen und jordanischen Journalisten-Gewerkschaften, die schreiben, dass sie fordern, *„klar zwischen Kritik an illegalen, menschenverachtenden oder rassistischen Handlungen Israels als Staat und Antisemitismus, also Rassismus gegen Juden, zu unterscheiden.“*⁷ In der eigenen Erklärung der beiden Gewerkschaften, die ebenfalls auf der Webseite von Roya TV veröffentlicht wurde, sprechen sie ihre uneingeschränkte Unterstützung für den Sender Roya sowie für dessen Mission und Ziele aus, *„die immer darauf abzielen, die Wahrheit über die israelische Besatzungsmacht und alle seine Maßnahmen, um die öffentliche Meinung irrezuführen und die Tatsachen zu verdrehen, aufzudecken ebenso wie ihre Verbrechen und ihre fortwährende Aggression gegen das palästinensische Volk und die arabische Nation.“*⁸

Wir empfehlen, in den Dialog zu treten und eine Zusammenarbeit nur unter der Bedingung neu einzugehen, wenn die antisemitischen Karikaturen gelöscht werden und für die Berichterstattung vertraglich versichert wird, dass künftig keine antisemitischen Inhalte mehr vermittelt werden.

Al Jadeed

Der libanesische Sender Al Jadeed TV wurde in dem Bericht von VICE am 07.12.2021 als Hisbollah-Sender dargestellt. Nach eingehender Recherche und Befragung von Experten konnte für die Vergangenheit eine Hisbollah-Nähe bestätigt, aber für die letzten zwei Jahre explizit nicht mehr bestätigt werden. Zwischen Al Jadeed TV und Hisbollah gibt es seit zwei

⁶ <https://royanews.tv/news/264638>

⁷ <https://royanews.tv/news/264638>

⁸ <https://royanews.tv/news/265928>

Jahren einen Konflikt. Die Tatsache, dass im Programm und Nachrichten, Hisbollah-Politiker auftreten hat den Hintergrund, dass sie Teil des libanesischen Parlaments sind.

Eine Zusammenarbeit kann dann in Betracht kommen, wenn für die Berichterstattung vertraglich versichert wird, dass es künftig keine antisemitischen Inhalte mehr geben wird.

Maannews Palestine

Auf Maannews Palestine wird Israel häufig beim Namen genannt, aber auch als Besatzer bezeichnet oder von der Besatzerarmee gesprochen. In einem Bericht wird der islamische Jihad als „palästinensischer Widerstand“ bezeichnet.

Wir empfehlen die Partnerschaft zu beenden.

Weitere Partner

Anhand der uns zur Verfügung gestellten Listen haben wir punktuell einzelne Partner nach den folgenden Kriterien überprüft:

1. Nähe zu Terrororganisationen und Regimes
2. Positionierung zu Israel (stellt Existenzrecht in Frage)
3. Antisemitische Narrative in der Berichterstattung auch in Bezug auf die Berichterstattung vom Nahostkonflikt

und empfehlen speziell bei den folgenden Partnern noch eine intensivere Hintergrundrecherche durchzuführen.

Palestinian Broadcasting Corporation - PBC

Der palästinensische TV-Sender mit Sitz in Ramallah ist als TV-Partner der DW angegeben.

Auf den Online News-Seiten der PBC wird Israel nicht erwähnt, stattdessen nur von „Besatzern“ oder der „Besatzung“ gesprochen. Sie zeigen Distanz zur Hamas, berichten aber über den Konflikt mit Israel sehr einseitig. So zum Beispiel die Veröffentlichung einer „Liste der Märtyrer 2021“⁹ oder die Berichterstattung über die Reaktion Israels auf einen Hamas-Raketenangriff aus Gaza im Mai 2021, in dem sie davon sprechen, dass die „israelische Aggression“ den Gaza-Streifen erreiche und nennen am Ende die Gesamtzahl der „Märtyrer“, die seit Beginn der „anhaltenden Aggression gegen die Bevölkerung“ auf 256 gestiegen sei.¹⁰ Der Raketenangriff der Hamas bleibt insgesamt unerwähnt.

Eine weitere Zusammenarbeit mit PBC sollte dringend überprüft werden.

⁹ <https://www.pbc.ps/3569-95/>
¹⁰ <https://www.pbc.ps/3497-2/>

Wir empfehlen eine zukünftige Partnerschaft nur, wenn eine Antisemitismus-Ablehnung unterschrieben wird und der Sender und dessen Leitung bereit sind sich von Gewalt zu distanzieren und eine Sensibilisierung zum Thema Antisemitismus erkennbar ist.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

1. Die Suspendierung der fünf DW Mitarbeitenden, die im SZ-Artikel „Ein Sender schaut weg“ mit Antisemitismusvorwürfen genannt wurden, halten wir nach sorgfältiger Recherche und Bewertung für gerechtfertigt. Wir haben allen Betroffenen die Möglichkeit gegeben, mit uns zu sprechen und haben mit eigenen Mitteln die Vorwürfe überprüft, sie in ihrem Kontext analysiert sowie durch weitere Recherchen die Einstellungen der genannten Personen aus aktuellen Veröffentlichungen und Social Media-Auftritten untersucht. Dazu haben wir allen fünf Personen die Möglichkeit gegeben, ihre Sicht durch ein persönliches Gespräch mit uns zu erläutern. Insgesamt haben sich vier der fünf Personen für ein Gespräch mit uns entschieden, wobei zwei eine weitere Partei bei dem Gespräch dabeihaben wollten (Anwalt, Bekannte). Ihnen gaben wir die Möglichkeit, unsere Fragen schriftlich zu beantworten. Eine weitere Person verweigerte das Gespräch mit uns mit Hinweis auf mehrere Artikel, die sie zu den Vorwürfen auf ihren Kanälen veröffentlicht habe.
2. Gegen acht weitere Mitarbeitende haben wir zum Teil schwerwiegende antisemitische Äußerungen gefunden und fordern, den Vorwürfen gründlich nachzugehen, mögliche Konsequenzen zu prüfen, um weiteren Schaden von der DW abzuwenden.
3. In der Berichterstattung sind punktuell schwere Fehler passiert, dazu gehören unter anderem:
 - a. Yosri Fouda
 - b. Abdel Bari Atwan
 - c. Schaltungspartner
 - d. Beteiligung an der Kampagne #RettetSheikhJarrahEin struktureller Antisemitismus konnte in der Middle-East-Redaktion nicht festgestellt werden.

4. Die Middle-East-Redaktion ist tief gespalten. Es herrscht eine Atmosphäre des Misstrauens teilweise gegenüber dem Führungsteam, teilweise gegenüber anderen Kollegen, und manches Mal der Angst. Viele Personalentscheidungen sind den Mitarbeitenden nicht transparent vermittelt worden. Ohne eine personelle und strukturelle Veränderung muss nach unserer Einschätzung damit gerechnet werden, dass diese Redaktion in der näheren Zukunft weiterhin im Fokus negativer Berichterstattung stehen kann, weil es Unstimmigkeiten untereinander gibt und Informationen über Social-Media-Aktivitäten zur Presse gelangen können.
5. Viele kritische Stimmen in der arabischen Redaktion, die laut unseres Eindrucks wohl in der Lage sind, Antisemitismus zu erkennen und die Werte der DW zu vertreten, sind mit dem derzeitigen Zustand unzufrieden und fühlen sich von Verantwortlichen der DW allein gelassen
6. Die antisemitischen Vorwürfe hätten bei vorhandener Sensibilisierung von Seiten des Führungsteams der Middle-East-Redaktion erkannt werden können und müssen. Die Einstellungen von betroffenen Mitarbeitenden waren in der Redaktion teilweise bekannt. Wir gewannen den Eindruck, dass durch manche Personalentscheidungen die Probleme erst geschaffen wurden. Wir sind deshalb der Meinung, dass die gesamte Redaktion einen-Neuanfang benötigt und es eine Umstrukturierung und eine personelle Neuorientierung geben sollte
7. Das Verhältnis von freien Mitarbeitern (ca. 70%) und Festangestellten (30%) in der Middle-East Redaktion schafft ein großes Konfliktpotenzial. Wir empfehlen mittelfristig ein Verhältnis von 60% freien Mitarbeitern und 40% Angestellten anzustreben.
8. Es ist zu empfehlen, da über 90 Prozent der freien Mitarbeitenden über Praktika in ihre Tätigkeit bei der DW eingestiegen sind, Praktikumsstellen, sowohl im In- als auch im Ausland auszuschreiben, den Bewerbungsprozess zu standardisieren und klar definierte, messbare, transparente und dokumentierte Entscheidungskriterien zu entwickeln. Entscheidungsträger sollte neben der Hauptabteilungsleitung

mindestens noch eine weitere unabhängige Stelle, beispielsweise die Personalabteilung, sein.

9. Die Anwerbung von Personal aus dem Ausland ohne Deutschkenntnisse und ohne Sozialisation in Deutschland erschwert die verlässliche Einhaltung der Werte der DW. Bezug zu Deutschland, der Kultur und Politik sowie zu den demokratischen Grundhaltungen sollten als notwendige, zu erfüllende Kriterien im Rekrutierungsprozess geprüft werden.
10. Auch für Praktikanten und freie Mitarbeitende sollte eine Kenntnisnahme des bisherigen inhaltlichen, strukturellen und journalistischen Wirkens von Bewerberinnen und Bewerbern hinzugefügt werden. Insbesondere die Fragestellung, ob das bisherige Wirken mit den durch die Deutsche Welle zu vertretenden Werten in Einklang zu bringen ist, gilt es zu beleuchten.
11. Die durch den staatlichen Bundeshaushalt finanzierte Deutsche Welle hat die Verpflichtung, ihre Ziele und Programmgrundsätze sorgfältig und fachlich überzeugend zu vertreten. Damit kommt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern große Verantwortung zu. Deshalb schlagen wir vor, dass die Verpflichtung zur Achtung der Würde des Menschen, des demokratischen Rechtsstaats und aller in § 5 des DWG enthaltenen Grundsätze und Anforderungen an die journalistische Arbeit in die Verträge zwischen der DW und Praktikanten, freien sowie festen Mitarbeitenden Eingang finden. Weiter sollten die Mitarbeitenden sich dazu verpflichten, die wesentlichen Grundlinien deutscher Politik im Nahen und Mittleren Osten zu beachten.
12. Wir empfehlen zwingend, Strukturen für regelmäßige Schulungen zum Thema Antisemitismus zu schaffen und Besuche in Erinnerungsstätten oder auch in Israel für die arabische Redaktion anzubieten, um Perspektivwechsel auf die Situation im Nahen und Mittleren Osten systematisch zu fördern. Diese sollten in regelmäßigen Abständen verpflichtend angeboten werden. Es empfiehlt sich, die Teilnahme daran auch Volontären oder Praktikanten besagter Redaktion nahe zu legen. Dabei ist jedoch zu beachten, dass für diese Maßnahmen integrale Anbieter ausgewählt werden, evtl. mit Beratung des Antisemitismusbeauftragten des Bundes.

13. Wir empfehlen der DW, einen Wertebeauftragten zu bestellen, der über die Intrastruktur verfügt, um Ansprechpartner für Mitarbeitende aller Redaktionen und den Vertrieb sein zu können und Vermittlungsangebote für die Werte, denen die DW verpflichtet ist, zu machen und entsprechende Controlling Prozesse zu organisieren. Genauso sollte sie beim Prozess der Partnerentscheidung angemessen beteiligt werden.
14. Das Thema Antisemitismus sollte in den nächsten 2 Jahren in der arabischen Redaktion, in den Sendungen und Talkrunden zum Schwerpunktthema werden.
15. Die DW braucht eine klare Definition des Antisemitismus besonderes hinsichtlich des israelbezogenen Antisemitismus und einen transparenten, dokumentierten und eindeutigen Prüfprozess. Dieser muss auch für die DW Akademie gelten. Wir haben mehrere Beispiele, die zeigen, dass durch die DW Akademie Organisationen unterstützt werden, die ihre Ausbildung und finanzielle Unterstützung nutzen, um auch israelbezogenen Antisemitismus zu verbreiten.
16. Kein Wachstum mit Antisemitismus: Eine Partnerschaft darf ausschließlich nach klaren Kriterien erfolgen, die in der Vereinbarung niedergelegt werden. Antisemitismus ist ein absolutes Ausschlusskriterium.
17. Die Partnerschaft mit Maan und PBC empfehlen wir zu beenden. Für Roya TV empfehlen wir, in den Dialog zu treten und eine Zusammenarbeit nur unter der Bedingung neu einzugehen, wenn die antisemitischen Karikaturen gelöscht werden und für die Berichterstattung vertraglich versichert wird, dass künftig keine antisemitischen Inhalte mehr vermittelt werden. AlJadeed hat in den letzten Jahren eine deutlich kritischere Haltung zur Hisbollah entwickelt. Eine Zusammenarbeit kann dann in Betracht kommen, wenn für die Berichterstattung vertraglich versichert wird, dass es künftig keine antisemitischen Inhalte mehr geben wird.
18. Im Code of Conduct ist im Kapitel „unsere Sicherheits- und Nachhaltigkeitsstandards“ aufzunehmen, dass die Partner der Deutschen Welle so

ausgesucht werden, dass sie keine negativen Auswirkungen auf das Handeln und Ansehen der Deutschen Welle haben. Weder institutionell noch gesellschaftlich.

19. Die Angebote und Aktivitäten der Deutschen Welle Akademie sollen vor dem Hintergrund, dass Aktivitäten innerhalb und um die Deutsche Welle Akademie zwangsläufig auf die Deutsche Welle als Institution zurückfallen, die Regularien und Werte der Deutschen Welle beachten. Diese sollten auch bei der Partnerwahl durch die Deutsche Welle Akademie eingehalten werden. Allen Anbietern und Teilnehmenden am Programm der Deutschen Welle Akademie müssen die Werte und Regularien der Deutschen Welle bekannt gemacht und von ihnen vertreten werden.

Antisemitismus-Definition-Vorschlag:

Die Bundesregierung hat sich ausdrücklich zur Anwendung der Antisemitismus Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) bekannt, die 2016 verabschiedet wurde. Die IHRA hat derzeit 35 Mitglieder und viele internationale Partner, wie die UN, UNESCO oder den Europarat.

Der Deutsche Bundestag erkannte die Definition im Jahr 2017 offiziell an:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die im Hass auf Juden Ausdruck finden kann. Rhetorische und physische Manifestationen von Antisemitismus richten sich gegen jüdische oder nicht-jüdische Individuen und/ oder ihr Eigentum, gegen Institutionen jüdischer Gemeinden und religiöse Einrichtungen.“

In der Praxis wird die Definition von Antisemitismus für die konkrete Erfassung antisemitischer Vorfälle zum Beispiel von RIAS Bayern, dem Recherche- und Informationsbund Antisemitismus wie folgt operationalisiert:

„Der Antisemitismus beschreibt gesellschaftlich tradierte Wahrnehmungen eines als fremd konstruierten jüdischen Kollektivs. Die Wirkmächtigkeit dieser Fiktion zeigt sich in der Verbreitung antisemitischer Einstellungen in öffentlichen Debatten und kann sich in Hass gegenüber Jüdinnen und Juden ausdrücken. Antisemitismus richtet sich sowohl gegen Einzelpersonen und/ oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“

Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein. Oft enthalten antisemitische Äußerungen die Anschuldigung, welche besagt, dass Jüdinnen und Juden eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung betreiben würden und dafür verantwortlich seien, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild, sowie anderen Handlungsformen, er benutzt negative Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.“

(RIAS Bayern, Israelbezogener Antisemitismus, www.rias-bayern.de)

Zur Konkretisierung hat die IHRA folgende Beispiele zu Illustrationszwecken gegeben:

Manifestationen können die Fokussierung auf den Staat Israel sein, wenn er als jüdisches Kollektiv wahrgenommen wird. Eine Kritik an Israel, die sich auf einem Niveau bewegt, wie sie ein beliebiges anderes Land treffen könnte, ist allerdings nicht als antisemitisch anzusehen. Antisemitismus beschuldigt Juden häufig der Verschwörung zum Schaden der Menschheit und wird häufig verwendet, um Juden dafür verantwortlich zu machen, warum „Dinge falsch laufen“. Er findet in gesprochenen, geschriebenen und visuellen Formen und Handlungen Ausdruck. Weiter bedient er sich düsteren Stereotypen und Zuschreibungen negativer Charakterzuschreibungen.

Zeitgenössische Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und im religiösen Raum können, unter Berücksichtigung des Gesamtkontextes, folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- Aufruf zu, Beihilfe oder Rechtfertigung des Tötens oder Verletzten von Jüdinnen und Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder extremistischen Auffassung von Religion.
- Aufstellung unwahrer, entmenschlichender, dämonisierender oder stereotyper Behauptungen über Juden als solche oder die Macht von Juden als Kollektiv- so wie, besonders, jedoch nicht ausschließlich, der Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder von Juden, die die Medien, Wirtschaft, Regierung oder andere gesellschaftliche Institutionen kontrollieren.
- Anschuldigungen gegen die Juden als Volk, sie seien verantwortlich für reales oder fiktives Fehlverhalten, das durch eine einzelne jüdische Person oder Gruppe oder sogar von Nicht-Juden begangen wurde.

- Leugnung der Tatsache, des Umfangs, der Mechanismen (z.B. Gaskammern) oder der Absicht des Genozids am jüdischen Volk durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des zweiten Weltkriegs (Holocaust).
- Anschuldigungen gegen die Juden als Volk oder Israel als Staat, sie erfänden den Holocaust und übertrieben ihn.
- Anschuldigungen gegen jüdische Bürger, sie seien Israel oder den angeblichen Prioritäten der Juden weltweit gegenüber loyaler als ihre jeweiligen Heimatländer
- Das Absprechen des Rechts auf Selbstbestimmung des jüdischen Volkes, beispielsweise durch die Aussage, die Existenz des Staates Israels sei ein rassistisches Projekt.
- Das Anwenden von doppelten Standards, in dem von Israel ein Verhalten gefordert wird, dass von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird.
- Die Verwendung von Symbolen und Bildern des klassischen Antisemitismus (z.B. die Juden hätten Jesus getötet oder das Motiv des Ritualmords), um Israel oder Israelis zu schaden.
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten.
- Kollektive Verantwortlichmachung der Juden für die Handlungen des Staates Israels.
(IHRA Handbook, www.holocaustremembrance.com)

Antisemitische Handlungen sind Straftaten, wenn sie als solche durch das Gesetz eingestuft sind (z.B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verteilung antisemitischer Materialien, die Volksverhetzung).

Kriminelle Handlungen sind antisemitisch, wenn die Ziele von Angriffen, seien sie Personen oder Sachen- wie Gebäuden, Schulen, religiöse Einrichtungen und Friedhöfe- ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind oder als jüdisch wahrgenommen werden oder mit Juden in Zusammenhang gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung ist, Juden Möglichkeiten oder Dienste zu verweigern, die anderen zur Verfügung stehen; sie ist in vielen Ländern rechtlich nicht zulässig.

Nach Natan Sharansky (2004) wird versucht, mit den sogenannten drei Ds israelbezogenen Antisemitismus vom Modus der Kritik an Israel abzugrenzen.

Nach Samuel Salzmann werden die drei Ds wie folgt verstanden:

Doppelte Standards

Wenn Kritik selektiv auf Israel angewendet wird, wenn israelische Aktionen beispielsweise militärische prinzipiell anders bewertet werden als die (para)militärischen Aktionen anderer

Akteure, etwa der Palästinenser, dann werden doppelte Standards angewendet. Wenn allein Israel von der UNO wegen Menschenrechtsverletzungen herausgestellt wird, während das Verhalten bekannter Verletzer wie China, Iran oder Syrien eher ignoriert wird, werden doppelte Standards angelegt, dann ist das Antisemitismus.

Dämonisierung

Wenn der jüdische Staat dämonisiert wird, also Israels Handeln ohne jedes Maß dargestellt wird, Vergleiche zwischen Israelis und Nationalsozialisten und palästinensischen Flüchtlingslagern und Auschwitz gezogen werden- dann ist das Antisemitismus und nicht als legitime Kritik an Israel zu werten.

Delegitimierung

Wenn Israel das fundamentale recht auf Existenz in Abrede gestellt wird, als einzigem Staat auf der Welt, dann ist das Antisemitismus.

Die Sympathie oder sogar bekennende Anhängerschaft zu einem diktatorischen Regime wie beispielsweise dem syrischen Assad-Regime oder das Verständnis des Nahost-Konflikts als verlängerte Reaktion auf den Holocaust (z.B. die Palästinenser seien die Opfer der Opfer) sind Haltungen, welche die Grenze akzeptabler politischer Positionen überschreiten.

Dies alles sind nur einige wenige Aspekte zu diesem sensiblen, politischen Thema, welches sehr facettenreich ist.

Am einfachsten wäre es, gäbe es einen einfach anzuwendenden „Antisemitismus-Schnelltest“, welcher unkompliziert die Ergebnisse „antisemitisch“ oder „nicht antisemitisch“ anzeigen würde.

Ein Programm, durch welches man, wie bei einer Suchmaschine Artikel und Beiträge jagen könnte und ein eindeutiges Ergebnis in Sekundenschnelle erhalten würde.

Ein einfacher Weg, der aber schon vom Prinzip her nicht funktionieren kann. Wer Antisemitismus ehrlich erkennen möchte, muss sich notgedrungen mit seiner Wandlungsfähigkeit, seinen Aspekten, regionalen Bezügen, seiner Historie und Gegenwart näher beschäftigen.

Aus diesem Grund sind die dargestellten Arbeitsdefinitionen mit Beispielen und die Drei-D Abgrenzung wichtige Hilfestellungen, aber keine abschließende Beschreibung.

Es gibt einige informative Unterlagen zum Thema israelbezogener Antisemitismus und Abgrenzung zur Kritik an der Politik des Staates Israels mit vielen Beispielen.

Aber allein das Aushändigen von Infoblättern allein ist nicht ausreichend. Sie landen in der Schublade, werden nach unserem Eindruck vieler Gespräche mit Mitarbeitenden schon bezüglich der bestehenden Guidelines kaum oder gar nicht gelesen.

Ohne eine diskursive Befassung werden sie nicht richtig eingeordnet werden können.

Insbesondere für die Deutsche Welle als öffentliche Institution erscheint es entscheidend, dass sich bei den Mitarbeitenden keine einseitigen Einstellungen zum Nahostkonflikt und den vielfältig beteiligten Akteuren manifestiert. Das ist vor dem Hintergrund der unterschiedlichen persönlichen und biographischen Erfahrungen der Mitarbeitenden aus arabischen Regionen eine besondere Herausforderung und bedarf genau aus diesem Grund erhöhter Aufmerksamkeit.

Einige Male haben wir in unseren Gesprächen zum Antisemitismus und seinen vielseitigen Aspekten gehört, dass es zur Meinungsfreiheit gehöre, sich auch einseitig zu den Interessen und vorgeblichen Rechten einer beteiligten Seite (Palästinenser) bekennen zu können und zu dürfen.

Grundsätzlich umfasst die Meinungsäußerungsfreiheit unterschiedliche politische Haltungen und Meinungen, genauso wie Religions- und Glaubensprinzipien.

Antisemitismus ist eine Welterklärungsideologie, die die Juden für alles Übel der Welt direkt oder indirekt verantwortlich macht. Wenn aus einer solchen Haltung heraus volksverhetzende, die Juden als Gruppe diffamierende Äußerungen gemacht werden, ist das strafbar und nicht mehr von der Meinungsfreiheit gedeckt. Viele pauschale Beschimpfungen der Juden als Kollektiv oder unter dem Vorwand, man wolle Israel kritisieren, fallen hierunter.

Die Mitarbeitenden der Deutschen Welle haben sich nach den Werten der Institution zu richten und den Auftrag der Deutschen Welle zu erfüllen. Nach dem Deutsche Welle- Gesetz sollen deren Angebote Deutschland als europäisch gewachsene Kulturnation und freiheitlich verfassten demokratischer Rechtsstaat verständlich machen. Sie sollen deutsche und andere Sichtweisen zu wesentlichen Themen, vor allem der Politik, Kultur und Wirtschaft sowohl in Europa wie auch auf anderen Kontinenten ein Forum geben, mit dem Ziel, das Verständnis und den Austausch der Kulturen und Völker zu fördern. (§4 DWG). Hierzu gehört auch die politische Haltung der Bundesregierung zu Israel, zum nahen Osten und zu Antisemitismus. Die Existenz Israels ist Staatsräson in Deutschland. Diese politische Positionierung in einer

Kernfrage deutscher Außenpolitik ist von allen Mitarbeitenden und allen Partnern der Deutschen Welle in ihren Postings und Tweets zu berücksichtigen. Antisemitismus hat in allen seinen Erscheinungsformen- dem rassistischen, rechtsextremen, linksideologischen und islamischen- dort keinen Platz.

Wir empfehlen auf Grundlage bisheriger Untersuchungen der Vorwürfe gegen die Middle-East Redaktion der Deutschen Welle und deren Partner, die IHRA- Definition mit weiteren Erläuterungen in die Formulierung der Aufgabenstellung für den arabisch sprechenden Raum (S.30,32) aufzunehmen.

Es geht nicht nur um die Anerkennung des Existenzrechts Israels, sondern auch darum, bestimmte Stereotype, Metapher und Vergleiche im Sinne der oben genannten Beispiele zwingend zu unterlassen.

Die den Mitarbeitenden ausgehändigten Guidelines sind um die Arbeitsdefinition des Antisemitismus zu ergänzen. Hierzu empfehlen wir eine Verdeutlichung mithilfe konkreter Beispiele, wie sich beispielhaft aus der Publikation von Monika Schwarz-Friesel/ Jehuda Reinharz „Die Sprache der Judenfeindschaft“ ergeben.

Diese sollen von allen Mitarbeitenden und Partner der Deutschen Welle unterzeichnet und damit als rechtskräftig geltend anerkannt werden.

Für einen Verstoß gegen diese Guidelines soll es ein Kriterien-geleitetes Vorgehen mit entsprechenden Maßnahmen geben, welche unter Wahrung der Glaubwürdigkeit der Deutschen Welle als Institution auch umzusetzen sind.

Den Mitarbeitenden soll die Möglichkeit für Rückfragen zu den ergänzen Teil der Guidelines durch versierte Mitarbeitende gegeben werden.

Diese Rolle könnte, der oben vorgeschlagene Wertebeauftragte der Deutschen Welle einnehmen und bei Schwierigkeiten und Unsicherheit in Bezug auf die Auswahl geeigneter Kooperationspartner oder sprachlicher Ausformulierungen Hilfestellung leisten.

Annex: Deutsche Welle Akademie

In der öffentlichen Wahrnehmung wird die Deutsche Welle Akademie als die Ausbildungs- und Weiterbildungsstätte der DW und damit beide als zusammengehörig assoziiert. Das vielfältige und von der DW unabhängige Engagement der DW Akademie in der

Entwicklungshilfe für den Aufbau unabhängigen Journalismus in vielen Regionen dieser Welt wird nicht von der DW losgelöst wahrgenommen. So wurde auch im SZ-Beitrag von einem Trainer der DW Akademie berichtet und in direkten Bezug zur DW gesetzt. Hinsichtlich des Images gibt es dementsprechend eine Wechselwirkung zwischen DW Akademie und DW. Deshalb ist es für die Wiederherstellung und Sicherstellung des guten Rufs weltweit nötig, die DW Akademie in die zu entwickelnden Maßnahmen zur Risikominimierung von Antisemitismus bei Mitarbeitenden und Partnern mit einzubinden.

Speziell hinsichtlich der DW Akademie Partner sind uns in der Recherche im Rahmen unseres Untersuchungsauftrags problematische Äußerungen aufgefallen, die das Risiko für einen erneuten Vorwurf der Unterstützung oder Zusammenarbeit mit antisemitischen Medien oder Medienakteuren bergen. Auch wenn die Befassung mit der DW Akademie nicht zu unserem Auftrag im Kern gehört, empfehlen wir ausdrücklich, sich mit den hier geteilten Rechercheergebnissen zu befassen und an die verantwortlichen Stellen zu wenden.

Aus Zeit und Ressourcen -Gründen haben wir punktuell die Partner angeschaut und gelistet. Bei manchen sind antisemitischen Tendenzen klar erkennbar, bei anderen gibt es einseitige und subjektive bis problematische Tendenzen bezüglich Israel und dem Nahostkonflikt.-

Hier einige Beispiele von aktuellen und ehemaligen Partnern der DWA

[Palestinian Youth Association for Leadership and Rights Activation – PYALARA](#)

Mit der in Beith Jaba ansässigen NRO arbeitet die DW Akademie seit 2014 zusammen. Pyalara wird u.a. von der UNESCO, Brot für die Welt, UN Women, UNRWA, der EU, USAID und Save the Children unterstützt. Brot für die Welt hatte die Organisation damals der DWA empfohlen. Pyalara ist heute der wichtigste lokale Projektträger der DWA in den Palästinensischen Autonomiegebieten. Die Zusammenarbeit läuft bisher gut; es gibt regelmäßige Gespräche, Meetings, Steuerungsreisen von Vertretern der Akademie vor Ort und Partnerbesuche in Deutschland.

2022 wird die Organisation im Rahmen der BMZ-Länderstrategie durch einen Zuschussvertrag in Höhe von 91.970€ unterstützt. Hauptaktivitäten sind das interaktive "Media and Information Literacy Center" in der Westbank und in Gaza und regionale MIL-Aktivitäten.

Ziel ist es seit einigen Jahren, Pyalara als Kompetenzzentrum für Media and Information Literacy zu stärken; hierfür werden sowohl einzelne Aktivitäten als auch übergreifende Personalkosten finanziert.

Außerdem ist Pyalara Partner in der einjährigen Globalen Kriseninitiative der DWA (Unterstützung von Medien weltweit bei der Bewältigung der Corona-Pandemie). Pyalara entwickelt hier gemeinsam mit der DWA ein MIL-Spiel. Hierzu wurde zusätzlich zu dem oben genannten Betrag eine Mittelweiterleitung von 31.000€ für 2021/2022 veranlasst.

Bewertung:

Beim Thema Israel ist die Organisation sehr einseitig und zum Teil antisemitisch. Es entsteht der Eindruck, dass sie vor allem in Krisenzeiten ihr Know-How und ihre Logistik für die eigenen Propagandaziele nutzt. Diese Aktivitäten gefährden die Deutsche Welle und DWA als eine objektive Informationsquelle und erwecken den Eindruck, als ob die DWA ein Teil der palästinensischen Propaganda wäre.

Besonders kritisch ist dabei der Aufruf von Pyalara zu digitalem Protest unter dem Hashtag ‚rettet Scheich Dscharrah‘. Bei diesem Aufruf war diverse Male das Logo der DWA bei Social-Media-Inhalten vertreten, die palästinensische Narrative nutzen und verbreiten.

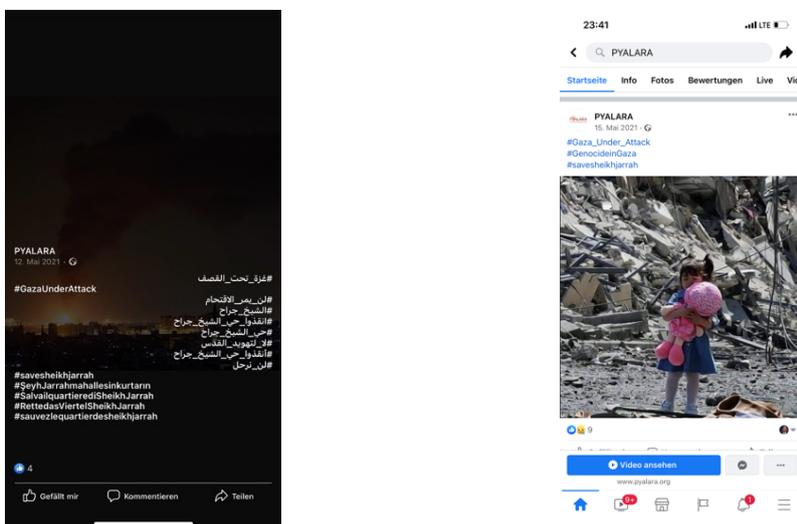


Abbildung 7: Facebook, #rettetSheikhJarrah, #GenozidinGaza, PYALARA, 15.05.2021

Eine Veranstaltung mit DWA Logo: „Hashtag und Social Media: wie können sie zu Solidaritätsmaßnahmen genutzt werden“

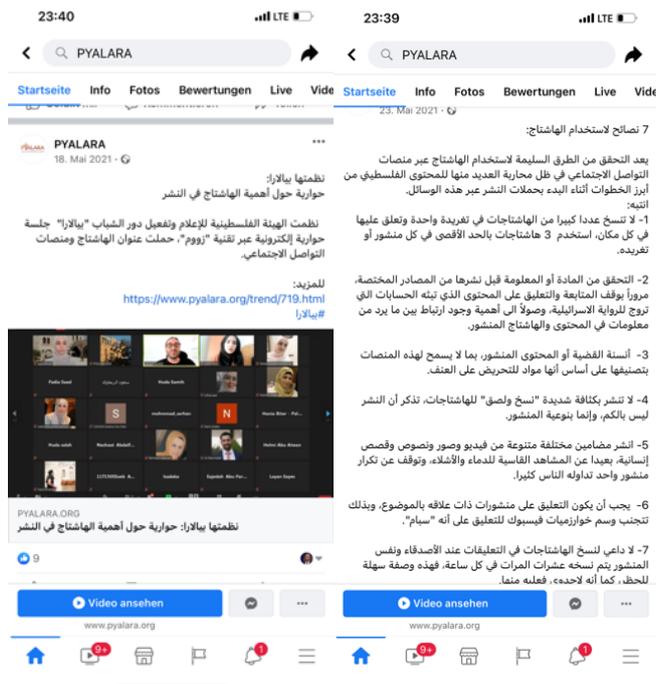


Abbildung 8: Facebook, PYALARA, 18.05.2021 und 22.05.2021

Bei der auf Abbildung oben dargestellten Veranstaltung zum Thema ‚Hass-Rede‘, die mit dem Logo der DWA beworben wurde und bei der auch Mitarbeiter der DW anwesend war, wurde unter anderem über den Umgang mit Facebook diskutiert. Facebook hat während des Krieges im Mai viele gewaltverherrlichende Inhalte gelöscht. Es ging bei dieser Veranstaltung nicht um die Reflexion der Inhalte, sondern allein darum, wie der Protest gegen die Löschung der Inhalte aussehen könnte und welche Wege es gebe, die Löschungen zu umgehen. Bei der gesamten Veranstaltung wurden weder Antisemitismus noch Israelhass erwähnt. Hier wird von den Gefängnissen der Besatzungsmacht gesprochen.

Aufklärung und Bildung gegen Hasssprache und Agitation im Netz stehen im Mittelpunkt der Kooperation mit Pyalara. Die DWA soll Werte und Standards kontinuierlich angesprochen haben, zuletzt im Dezember 2021 in Bonn. Die Organisation sei absolut sensibilisiert für Positionen und Haltung der DW. Auch die Problematik „privater“ Statements und Shares im Netz habe die DWA weiter thematisiert und auf den Schaden hingewiesen, den diese auslösen können. Die DWA sieht sich allerdings nicht in der Lage, das Verhalten einzelner Mitarbeitender von Partnerorganisationen zu verantworten.

Bewertung:

Die Kooperation mit Pyalara, die auch finanzielle Unterstützung bekam, halten wir für problematisch, vor allem weil wir den Eindruck gewannen, Pyalara verbreitet punktuell Hasssprache. Es wundert uns zudem sehr, dass in keiner, der von uns überprüften Aktivitäten, das Thema Antisemitismus oder Israelhass im Rahmen dieser Kooperation behandelt worden ist.

Radio Nisaa FM

Ein Frauen-Radio, welches sich Frauenthemen wie Gleichberechtigung, Empowerment, Selbstbestimmung und gegen Gewalt widmet sowie den Fokus auf lokale Themen legt. Wenn es jedoch um das Thema Israel geht, ist Nisaa FM problematisch.

Hier ein paar Beispiele für problematische Inhalte:

„Der Besitzer lassen den Märtyrer in seinem Auto verbrennen, welches nach Schüssen Feuer fing.“ Der Kommentar ist chiffriert. Dass es sich hier um einen Terroranschlag handelt, lässt der Kommentar unerwähnt.



Abbildung 9: Facebook, Radio Nisaa, 22.12.2021

Auch hier wird der Begriff *Märtyrer* für Terrorist verwendet.



Abbildung 10: Facebook, Radio Nisaa, 06.12.2021

The Arab Center for the Advancement of Social Media - 7amleh

Aktueller und einziger Partner der DWA in Israel

Auch im Fall von 7amleh wurden während des Kriegs im Mai 2021 die Strukturen und Ressourcen genutzt, um eine konzentrierte Aktion für die palästinischen Narrative und gegen die Maßnahmen von sozialen Plattformen wie z.B. Facebook zu verbreiten. Auch hier wurde wieder viel Unverständnis dafür gezeigt, dass gewaltverherrlichende Inhalte gelöscht wurden.

„Wie veröffentlichen wir sorgfältig?“

1. Es ist abzuraten, sensible Bilder von Gesichtern von Menschen in Konfrontationen (Unruhen) zu veröffentlichen, weil sie Beweise für die Besetzung (Israel) zur Identifizierung und Verhaftung von Personen darstellen
2. Überprüft Fotos und Videos mehr als einmal
3. Stellen Sie sicher, dass die auf den Fotos gezeigten Personen keine Unterscheidungsmerkmale, wie unverwechselbares Haar, eine Halskette mit ihrem Namen oder Ähnliches haben
4. Wenn Sie sicherheitsrelevantes Material teilen, achten Sie darauf, dass der Ortungsdienst ihres Telefons nicht eingeschaltet ist“ (Abb.11)



Abbildung 11: Social Media Kampagne, „Wie veröffentlichen wir sorgfältig?“, 7amleh



Abbildung 12: facebook, 7ahmleh, Mai 2021

7amleh hat vor allem im Mai 2021 mehrfach Aktionen gegen Facebook und Twitter gestartet, die während des Krieges gewaltverherrlichende Posts gelöscht haben. Es geht 7amleeh vor

allem darum, palästinensische Narrative in Social Media zu verbreiten. Eine Ausgewogenheit ist nicht vorhanden.

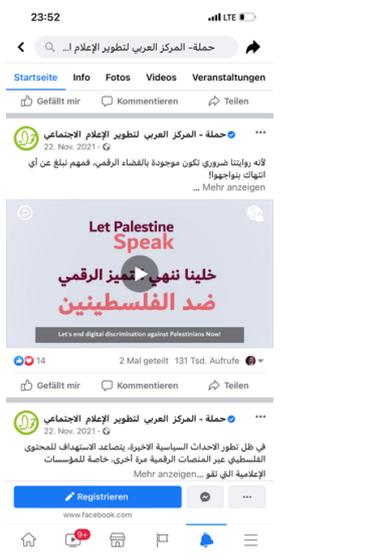


Abbildung 13: Facebook, Tahmleh, Mai -Dezember 2021

Women and Media Development – TAM

„Unsere Weiblichkeit verpflichtet uns, den Kampf für die nationale, politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Befreiung zu führen. Unsere oberste Priorität ist der Kampf gegen die Besatzung und seine faschistischen Maßnahmen gegen das Land und das Volk. #Jerusalem gehört uns.“ (Abb. 14)

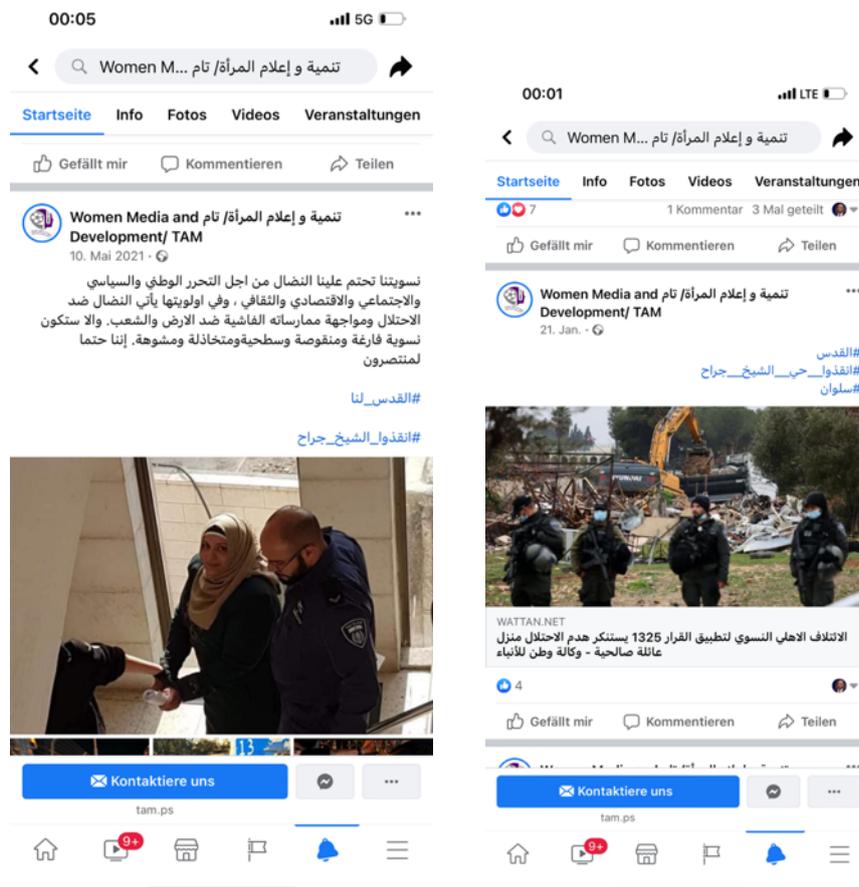


Abbildung 14: facebook, Women Media, 10.05.2021 und #rettetSheikhJarrah

Campji

Campji ist die erste Medienplattform für Geflüchtete im Libanon. Sie wurde mit Unterstützung der DWA und Finanzierung des BMZ seit 2016 aufgebaut und liegt heute in Händen des Projektträgers ARCPA/Al-Jana. Campji fördert den Dialog der Community nach innen wie nach außen. Die Beiträge tragen zur Versorgung der Geflüchteten mit verlässlichen, teils lebenswichtigen Informationen bei. Jugendlichen machen sie Bildungsangebote.

Die DWA entwickelt mit dem Projektträger ein nachhaltiges Geschäftsmodell und unterstützt intensiv die Drittmittelakquise, um sich schrittweise – wie in der Dreijahresstrategie vorgesehen - aus dem Projekt zurückzuziehen. Ein vollständiger Ausstieg ist geplant, sobald eine alternative Finanzierung gesichert ist.

Heute ist "Campji" kein Partner mehr, sondern ein von der Partnerorganisation ARCPA/Al-Jana betriebenes Projekt, das die DWA unterstützt hat. Deswegen taucht Campji in der Partner-Liste nicht explizit auf.

Berichte aus Beiruter Flüchtlingslager

Im Austausch mit Projektpartnern der DW Akademie und weiteren Experten ging es anschließend um die Situation in Ghana und im Libanon. Lina Abdel Aziz, Projektmanagerin der NGO Basmeh and Zeitoonah („Ein Lächeln und eine Olive“) und Chefredakteurin der Facebook-Plattform „Campji“, berichtete aus dem Beiruter Flüchtlingslager Schatila. Im Jahr 2016 wurden zehn junge Männer und Frauen von der DW Akademie zu Bürgerjournalisten ausgebildet. Gemeinsam produzieren sie Videos über die Menschen im Lager. „Für die jungen Geflüchteten ist es wichtig, ihren Anliegen Ausdruck zu verleihen, ihren Hoffnungen, Träumen und Problemen. Sie wollen nicht für den Rest ihres Lebens als Flüchtlinge wahrgenommen werden.“

Abbildung 15: facebook, dw und campji, 20.06.2017



20. Juni 2017 · 🌐

Project manager [Lina Abdel Aziz](#) presents the [كامبجي Campji](#)-project to visitors at the DW Akademie lounge during [Global Media Forum 2017](#) #dw_gmf



26

8 Kommentare

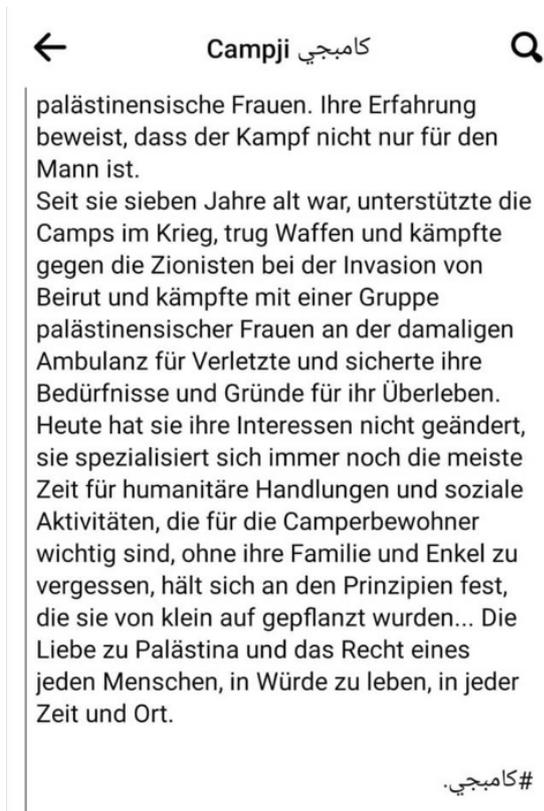


Abbildung 16: facebook, campji, 20.06.2021 Fortsetzung Abbildung 15.

Amal Al Rai ist im Bild neben Marwan al Baraghuthi zu sehen, der derzeit wegen mehrfachen Mordes und Terrorismus eine fünffache lebenslange Freiheitsstrafe verbüßt.

Hier wird Amal Al Rai als Widerstandskämpferin dargestellt. (Abb. 17)



Abbildung 17: facebook, campji 10.05.2017 und DW 23.01.2019



Abbildung 18: facebook, DW Akademie macht campji bekannt, 10.05.2017

„Palästina gehört komplett uns. Dieses Land hat keinen Platz für zwei Identitäten. Entweder wir oder sie, wir bleiben, sie werden verschwinden.“ (Abb. 19)

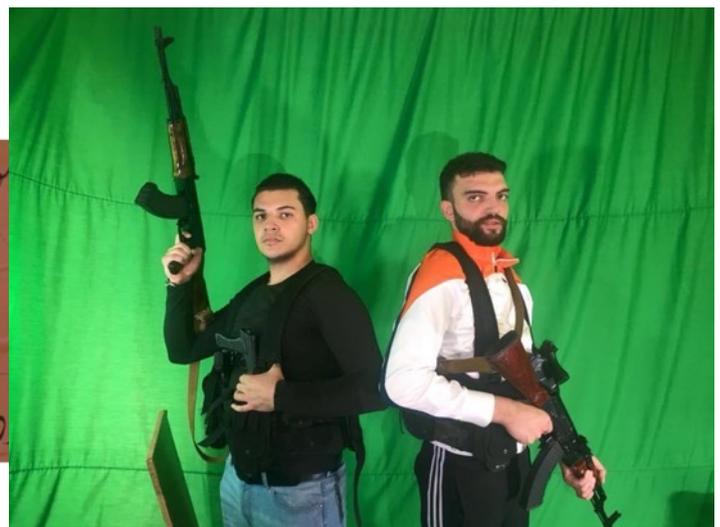


Abbildung 19: facebook, campji, 13.02.2020



Abbildung 20: facebook, campji, "Wir werden zurückkehren" und "Die Intifada der Westbank"

Beispielhaft sei noch auf zwei Videos produziert von campji vom 2.11.2012¹¹ und 24.12.2021¹² hingewiesen, in denen, statt Israel zu benennen, der Begriff „Besatzer“ verwendet und das Existenzrecht Israels abgelehnt wird. Ähnliches ist zu sehen in einem Videobeitrag vom 07.11.2021, in dem der Sprecher sagt, er habe „angeblich kein Problem mit dem jüdischen Glauben, aber ein Problem mit der zionistischen Besatzung und [wir] werden den Widerstand weiterführen, denn dieses Land ist Palästina und gehört uns und wir werden uns das zurückholen.“¹³ In dem Video wird Kritik geübt an den Bedingungen der Organisation UNRAW, die keine finanzielle Unterstützung an palästinensische Flüchtlinge vergibt, die eine militärische Ausbildung haben oder bekommen, sich einer Miliz oder ähnliches angeschlossen haben oder einer Terrororganisation zuzuordnen sind. Während des Videos wird ein Song mit Anti-israelischem Inhalt eingespielt.

Als palästinensische Gefangene aus einem israelischen Hochsicherheitsgefängnis geflohen waren, wurde dies auf dem Kanal von campji gut geheißen, da diese durch „zionistische System“¹⁴ zu Unrecht festgesetzt worden seien. In diesem Video wird der Begriff „Besatzer“ anstatt Israel verwendet und Menschen als Märtyrer verherrlicht, die im Kampf gegen Israel gefallen oder festgesetzt worden sind.

Die Auswertung der Organisation CAMPJI ergibt, dass es sich hierbei um ein pro-palästinensisches Medium handelt, welches das Existenzrecht Israels ablehnt und zudem vehement den Widerstand durch jeden Palästinenser/in gegen die „israelische-zionistische-Besatzungsmacht fordert“.

¹¹ <https://www.facebook.com/campji/videos/4017854738315699/>

¹² <https://www.facebook.com/campji/videos/994169081507260/>

¹³ <https://www.facebook.com/campji/videos/4017854738315699/>

¹⁴ <https://www.facebook.com/campji/videos/888790698423198/>

Gesamtbewertung

Die Partnerwahl der DWA ist nicht zentraler Gegenstand dieser Untersuchungen. Da es in der öffentlichen Wahrnehmung jedoch zu Verwechslungen von DW und DW Akademie kommt, es zudem personelle Überschneidungen gibt und aus Sorge vor weiterer negativer Berichterstattung, haben wir punktuell mehrere Partner und Gesprächspartner untersucht, vor allem in den palästinensischen Gebieten sowie in Israel und im Libanon. Leider mussten wir feststellen, dass die oben genannten Partner wiederholt antisemitische oder einseitig tendenziöse Inhalte über ihre Kanäle verbreitet haben. Da es auch finanzielle, logistische und inhaltliche Unterstützung der DW Akademie für ihre Partner gab, muss die Deutsche Welle Akademie alles tun, um tendenziöse oder antisemitische Inhalte zu verhindern. Die Sensibilisierung zum Thema Antisemitismus ist bei den von uns recherchierten Fällen nicht vorhanden. In manchen Fällen wurden die Strukturen genutzt, um einseitige Propaganda für palästinensische Narrative zu verbreiten. Das halten wir für inakzeptabel.

Wir empfehlen deshalb eine Neuausrichtung der Partnerschaften in den genannten Regionen sowie die Beendigung der Zusammenarbeit mit den genannten Partnern, sofern dies nicht schon getan wurde.

Zudem müssen Strukturen erarbeitet werden, die eine effektive Kontrolle der Inhalte von Partnern, insbesondere zum Thema Antisemitismus, ermöglichen.

Vor dem Engagement von Trainern, Vortragenden oder Rednern für die DW Akademie sollte eine gründliche Überprüfung der Person erfolgen, insbesondere, ob sie Inhalte z.B. in den sozialen Medien verbreitet, die mit den Werten der DW nicht vereinbar sind.